

NLA MAGAZIN

NACHRICHTEN AUS DEM NIEDERSÄCHSISCHEN LANDESARCHIV



2019



**Niedersächsisches
Landesarchiv**



EDITORIAL

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

die tägliche Arbeit von Archivarinnen und Archivaren steht nicht gerade im Fokus der öffentlichen Wahrnehmung, sondern vollzieht sich im Allgemeinen eher im Verborgenen. Das Anliegen des NLA-Magazins ist es daher, die Öffentlichkeit über unser Tun zu informieren und auf diesem Wege die Funktion von Archiven für die Gesellschaft erkennbar werden zu lassen. Generationen von Archivaren und seit dem 20. Jahrhundert auch Archivarinnen ermittelten und ermitteln das Archivwürdige in den Registraturen von Behörden und Gerichten, übernehmen, erschließen, verpacken und sichern es. Sie schaffen damit erst die Voraussetzung für eine zuverlässige Erinnerung an längst vergangene Zeiten.

Archive spielen eine wichtige Rolle für alle, die etwas über das Werden ihres Landes, ihrer Region, ihres Kreises, ihrer Stadt, ihres Dorfes, ihrer Universität, ihrer

Schule oder ihrer Familie erfahren wollen. Archive, ob in staatlicher, kommunaler oder kirchlicher Trägerschaft, schaffen Rechtssicherheit und sind maßgeblich daran beteiligt, unsere grundgesetzlichen Werte zu festigen und zu verwirklichen. Indem sie echte und unverfälschte Quellen sichern und zur Einsichtnahme bereitstellen, schaffen sie die Voraussetzung, Vergangenes bewerten und daraus Schlussfolgerungen für Gegenwart und Zukunft ziehen zu können.

Auf den folgenden Seiten gibt das Landesarchiv allen Interessierten, den Benutzerinnen und Benutzern, den abgebenden Stellen sowie den Fachkolleginnen und -kollegen Einblicke in seine Arbeit.

Für das Landesarchiv wie für mich persönlich waren im zurückliegenden Jahr die Verabschiedungen der Präsidentin Dr. Christine van den Heuvel und des Standortleiters Prof. Dr. Gerd Steinwascher wichtige Ereignisse. Ihre Verdienste für das staatliche Archivwesen in Niedersachsen werden in diesem Heft gewürdigt. Wir informieren aber auch über neue Zugänge, neu erschlossene Bestände, über Maßnahmen der Bestandserhaltung, über Nutzung und Auswertung des Archivguts für spezifische Zwecke sowie über öffentliche Veranstaltungen und Ausstellungen. Und natürlich schließt unser Heft mit einem Blick auf die messbaren Leistungen.

Ich wünsche Ihnen viel Freude und mancherlei Anregung bei der Lektüre dieser Ausgabe und freue mich über Ihre Rückmeldung.

Ihre

Dr. Sabine Graf
Präsidentin des Niedersächsischen
Landesarchivs

INHALT



4 JAHRESRÜCKBLICK 2018

AKTUELLE ENTWICKLUNG



7 VERABSCHIEDUNG DR. CHRISTINE VAN DEN HEUVEL



8 INTERVIEW MIT DR. SABINE GRAF

ÜBERLIEFERUNGSBILDUNG



12 BÜCKEBURGER MÄNNERGESANGVEREIN 1841



13 KRIEGSGRÄBERFÜRSORGE IM LANDKREIS FRIESLAND



16 „BERUFSSVERBOTE“ IN NIEDERSACHSEN 1972 – 1990

BESTÄNDE, ERSCHLIEBUNG



18 „BITTE UM ANDERWEITIGE UNTERBRINGUNG DES KINDES“



21 AUSWERTUNG VON MASSENDATEN MIT HILFE KÜNSTLICHER INTELLIGENZ



24 NEUER BESTAND ZUR MUSEUMSGESCHICHTE UND PROVENIENZFORSCHUNG

BESTANDSERHALTUNG



27 MENGENWORKSHOP IN DER ZENTRALEN WERKSTATT

IMPRESSUM

HERAUSGEBER:	NIEDERSÄCHSISCHES LANDESARCHIV
REDAKTION:	DR. REGINA RÖBNER, CHRISTIAN M. MEYER
GESTALTUNG UND DRUCK:	ULRICH EGGERT GWK
FOTONACHWEIS:	ALLE FOTOS, SOFERN NICHT ANDERS AUSGEWIESEN: NIEDERSÄCHSISCHES LANDESARCHIV
ISSN:	2510-1854

BENÜTZUNG



- 29 **OLDENBURGISCHE BAUERBRIEFE**



- 32 **DAS ARCHIV ALS LEHR- UND LERNORT FÜR PROVENIENZFORSCHUNG**



- 34 **„SO GEHT'S NICHT WEITER. KRISE, UMBRUCH, AUFBRUCH“**



- 35 **EINFÜHRUNGSSEMINARE ZUR BENÜTZUNG IM STANDORT BÜCKEBURG**

VERANSTALTUNGEN



- 36 **ZWISCHEN KRIEGSKUNST UND PRACHTENTFALTUNG**



- 40 **200 JAHRE OLDENBURGISCHE LANDWIRTSCHAFTSGESELLSCHAFT**



- 42 **OLDENBURGISCH-RUSSISCHE BEZIEHUNGEN VON 1762 BIS 1918**



- 43 **BENÜTZUNG: GESTERN – HEUTE – MORGEN**

KURZNACHRICHTEN



- 46 **PROF. DR. GERD STEINWASCHER IN DEN RUHESTAND VERABSCHIEDET**



- 47 **DAMIT DIE ARCHIVALIEN SICHER SIND**



- 48 **DAS NLA IN ZAHLEN**



JAHRESRÜCKBLICK 2018

VON SABINE GRAF

Nachdem 2017 die vertragliche Voraussetzung für die Nachnutzung des Verfahrens DIMAG und dessen Weitergabe an andere öffentliche Archive in Niedersachsen geschaffen werden konnte, erfolgte 2018 der praktische Einstieg in die digitale Archivierung. Dazu schloss das Landesarchiv eine Vereinbarung mit dem Landesbetrieb IT.Niedersachsen, der das Fachverfahren DIMAG betreibt. Auf Seiten des NLA kümmert sich eine Arbeitsgruppe um den Aufbau des digitalen Archivs. Im vergangenen Jahr wurde die Basis gelegt, um 2019 erste originär digitale Unterlagen von Behörden und Gerichten des Landes übernehmen zu können. Auch wenn damit die digitale Archivierung im Landesarchiv noch längst nicht zum Alltag gehört, kann die Bedeutung dieses Schrittes nicht überschätzt werden.

Zu den besonderen Herausforderungen gehörten wie bereits in den vergangenen Jahren die Umbau- und Sanierungs-

maßnahmen am denkmalgeschützten Gebäude des Niedersächsischen Landesarchivs in Hannover, weil diese auch 2018 die dort beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beeinträchtigten. Erfreulicherweise konnte nach fast zweijähriger Schließung Mitte des Jahres die Renovierung des Lesesaals abgeschlossen werden. Auch der neu eingerichtete Vortragsraum wurde Ende Juli eingeweiht und seitdem für zahlreiche öffentliche Veranstaltungen sowie interne Besprechungen intensiv genutzt.

Im Standort Wolfenbüttel wurden für den anstehenden Einbau von Rollregalanlagen im zentralen Magazinspeicher die ersten Regalkilometer Archivgut umgelagert. Für die Installation einer neuen Brandmelde- und Einbruchsicherungsanlage am Standort Aurich kam es auch dort zu größeren Umlagerungen (Seite 48). Trotz dieser Beeinträchtigungen nahm das Landesarchiv seine zahlreichen Fachaufgaben von der Bewertung und

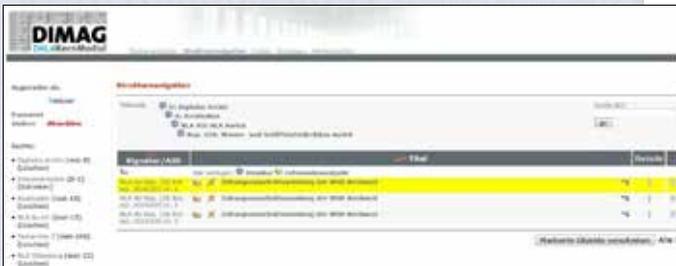


Das Niedersächsische Landesarchiv
lädt ein zu der

Wissenschaftlichen Tagung Friedensordnung und machtpolitische Rivalitäten

Die schwedischen Besitzungen
in Niedersachsen im europäischen
Kontext 1648 bis 1721

2./3. Februar 2018 in Stade



Übernahme des angebotenen Schriftguts über dessen Verpackung bis hin zur Erschließung und Bereitstellung in gewohnter Weise wahr. Konsequenterweise trieb es das Vorhaben weiter voran, den Anteil des unerschlossenen Archivguts auf die laufenden Übernahmen zu reduzieren. Derzeit liegt der Anteil des erschlossenen Archivguts bei 98%, von denen 91% im Archivinformationssystem „Arcinsys“ erfasst sind. Auch 2018 konnte mit 211.000 bearbeiteten Datensätzen an die hohen Erschließungszahlen der Vorjahre angeknüpft werden. Obwohl im zurückliegenden Jahr die Anzahl der Benutzertage rückläufig war, stieg die Zahl der benutzten Archivalien mit fast 70.000 Einheiten gegenüber den Vorjahren noch einmal an. Diese Zahlen stehen in Verbindung mit einem geänderten Verhalten von Benutzerinnen und Benutzern, die dank „Arcinsys“ in den Archivbeständen online recherchieren und ihre Archivaufenthalte schon von zuhause aus vorbe-

reiten können. Dadurch reduziert sich die Verweildauer im Lesesaal. Darüber hinaus trägt zum Rückgang an Benutzertagen aber auch die Möglichkeit bei, während des Archivaufenthalts selbst Reproduktionen erstellen zu können.

Zu den weiteren Aufgaben des NLA zählt auch die Ausbildung von Archivarinnen und Archivaren in der Laufbahngruppe 2 der Fachrichtung „Allgemeine Dienste“, von Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste (Fachrichtung Archiv) sowie von Buchbinderinnen und Buchbindern. In allen drei Berufsfeldern wurden 2018 wie in den Vorjahren 14 Personen ausgebildet.

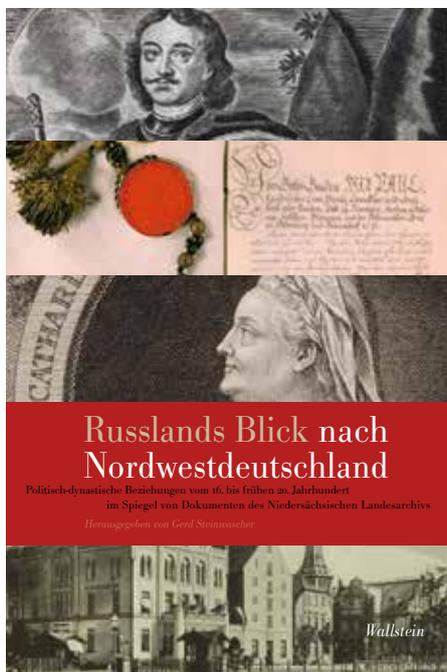
In gleicher Weise wichtig – wenn auch nicht von außen sofort unmittelbar wahrnehmbar – sind die Ergebnisse der Zentralen Werkstatt auf den Gebieten der Erstellung von Schutzmedien, der Sicherungsverfilmung sowie der Mengenrestaurierung. Hier konnten annähernd 100.000 Blatt der stark geschädigten



Akten der französischen Verwaltung während der napoleonischen Herrschaft in Norddeutschland zwischen 1806 und 1813 restauriert und damit wieder nutzbar gemacht werden. Diese Leistung konnte jedoch nur mithilfe neuer technischer Verfahren und optimierter Arbeitsabläufe erzielt werden. Die Praxis dieses innovativen Restaurierungsprozesses war neben weiteren Themen Gegenstand eines mehrtägigen Workshops, zu dem sich 36 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den großen Werkstätten der Bundesländer in der Zentralen Werkstatt in Bückeburg trafen (Seite 27).

Im Rahmen der archivischen Öffentlichkeitsarbeit fanden im zurückliegenden Jahr 146 Veranstaltungen mit etwa 3.200 Besucherinnen und Besuchern an den sieben NLA-Standorten statt. So nahmen an einer am 2. und 3. Februar 2018 veranstalteten internationalen Tagung zur Schwedenzeit im Standort Stade 70 Personen teil, um sich anlässlich der DFG-geförderten Tiefenerschließung des in Stade verwahrten ‚Schwedischen Regierungsarchivs‘ mit den ‚schwedischen Besetzungen in Niedersachsen im europäischen Kontext 1648 bis 1721‘ zu beschäftigen (Seite 36).

Für besondere Aufmerksamkeit sorgte die Ausstellung „Die russischen Kaiser aus dem Haus Holstein-Gottorp-Oldenburg und ihre Beziehungen zum Herzogtum Oldenburg“, die von Juni bis August 2018 im Standort Oldenburg gezeigt wurde und zu der in der Veröffentlichungsreihe des NLA ein Begleitband erschienen ist. Dieser beschäftigt sich mit den Beziehungen niedersächsischer Territorien zu Russland in der Zeit vom 16. bis zum frühen 20. Jahrhundert anhand



von Archivalien, die im Niedersächsischen Landesarchiv, vornehmlich in den Standorten Hannover, Oldenburg und Wolfenbüttel, verwahrt werden (Seite 42).

Das Niedersächsische Landesarchiv war im vergangenen Jahr Mitausrichter des 7. Norddeutschen Archivtags am 5. und 6. Juni 2018 in Hannover, zu dem sich 200 Archivarinnen und Archivare verschiedener Sparten aus den fünf norddeutschen Bundesländern trafen. Unter dem Motto „Benutzung: Gestern – Heute – Morgen“ wurden zahlreiche Aspekte der analogen und digitalen Nutzung von Archiven thematisiert, mit denen sich auch das NLA zukünftig auseinandersetzen muss. Gleichzeitig wurde auf diesem Archivtag noch einmal überaus deutlich, dass die Digitalisierung von Gesellschaft und Verwaltung auch die Archive vor enorme Herausforderungen stellt (Seite 43).

In diesem kurzen Jahresrückblick konnte nur ein Ausschnitt der vielfältigen Leistungen und Aktivitäten des NLA beleuchtet werden. Umso mehr ist allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre engagierte Arbeit und die 2018 erzielten Ergebnisse zu danken. Gedankt sei aber auch den Kolleginnen und Kollegen des Referats 201 in der Niedersächsischen Staatskanzlei für ihre allseitige Unterstützung und die gute Zusammenarbeit.

7. Norddeutscher Archivtag

**Benutzung:
Gestern - Heute - Morgen**

**5. und 6. Juni 2018
in Hannover**



Stadtarchiv Hannover

Niedersächsisches Landesarchiv



AKTUELLE ENTWICKLUNG

VERABSCHIEDUNG IN DEN RUHESTAND

Dr. Christine van den Heuvel war über dreißig Jahre im Landesarchiv tätig und leitete drei Jahre als Präsidentin das Archiv.

Am 30. Juli 2018 wurde Dr. Christine van den Heuvel im Gästehaus der niedersächsischen Landesregierung in den Ruhestand verabschiedet. In einem Festakt würdigten der Chef der Niedersächsischen Staatskanzlei Dr. Jörg Mielke sowie Kollegen und Weggefährten das Wirken der Historikerin und Archivarin.

Christine van den Heuvel wurde 1952 in Bad Rothenfelde geboren. Nach einem Studium der Geschichte, Germanistik und Philosophie an der Universität Bochum wurde sie dort 1981 mit einer Studie über „Beamten-schaft und Territorialstaat. Behördenentwicklung und Sozialstruktur der Beamtenschaft im Hochstift Osnabrück 1550-1800“ promoviert. Dieses grundlegende Werk markierte bereits den Interessenschwerpunkt van den Heuvels, die sich zeit ihres Berufslebens intensiv mit der Landesgeschichte der frühen Neuzeit befasste. Neben Studien zur politischen sowie zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Osnabrücker Raumes waren dies vor allem Untersuchungen zur

Geschichte des Königreichs Hannover. Eine Besonderheit durchzieht dabei ihre Publikationen: Immer wieder waren es die starken und einflussreichen „Frauen der Welfen“, auf die sich das Augenmerk der Frühneuzeithistorikerin richtete.

Die umfangreiche Veröffentlichungsliste van den Heuvels lässt aber auch erkennen, dass sie sich nicht auf historische Studien beschränkte. Wiederholt machte sie durch archivfachliche Beiträge von sich reden, besonders durch die „Kleine niedersächsische Archivkunde“. Neben ihrem Engagement für die Optimierung der archivfachlichen Ausbildung ist das Projekt „Perspektive Niedersächsisches Landesarchiv 2020“ hervorzuheben, das sie, zeitweise während einer Abordnung in das Aufsichtsreferat in der Staatskanzlei, leitete und das für die archivfachliche Aufgabenwahrnehmung des Landesarchivs von großer Tragweite war.

Nach über dreißig Jahren, die Christine van den Heuvel im Niedersächsischen Archivdienst und davon ganz überwiegend in Hannover tätig war, zuletzt als Leiterin der Zentralen Archivverwaltung des Landesarchivs und des Standortes Hannover, wurde sie 2015 Präsidentin des Landesarchivs und setzte in ihrer Amtszeit besondere Akzente auf die archivische Bestandserhaltung, Öffentlichkeitsarbeit sowie den Aufbau des digitalen Archivs. Anlässlich ihres zurückliegenden 65. Geburtstages bekam die scheidende Präsidentin vom Vorsitzenden der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen Dr. Henning Steinführer eine Festschrift überreicht. „Archiv und Landesgeschichte“, als Band 300 der Veröffentlichungen der Historischen Kommission erschienen, vereint archivfachliche wie landesgeschichtliche Beiträge von Kolleginnen und Kollegen und Weggefährten aus Landesgeschichte und Archiv und steht damit für das Selbstverständnis von Dr. Christine van den Heuvel, für die beide Bereiche untrennbar zusammengehören.



AKTUELLE ENTWICKLUNG

INTERVIEW MIT DR. SABINE GRAF



Am 7. November erfolgte die feierliche Amtseinführung durch den Chef der Niedersächsischen Staatskanzlei, Staatssekretär Dr. Jörg Mielke.

Dr. Sabine Graf übernahm am 29. August 2018 das Amt der Präsidentin des Niedersächsischen Landesarchivs. In einem Anfang Mai 2019 geführten Gespräch mit der Redaktion des NLA-Magazins blickt sie auf die ersten Monate ihrer Amtszeit zurück und spricht über die Ziele, die sie als Präsidentin anstrebt.

Frau Dr. Graf, Sie wurden im Niedersächsischen Landesarchiv ausgebildet und sind seit über zwanzig Jahren hier tätig. Wie ist es für Sie, nun als Präsidentin diese große Behörde zu leiten?

Mit der Aufgabe der Behördenleitung ist gegenüber meinen früheren Tätigkeiten natürlich ein höheres Maß an Verantwortung verbunden. Das betrifft sowohl die öffentliche Wahrnehmung als auch die inneren Abläufe. Auch wenn ich mir nicht

einbilde, immer das jeweils Notwendige und Richtige zu tun, gibt mir jedoch die langjährige Berufserfahrung und damit verbunden die genaue Kenntnis dieser Behörde eine gewisse Sicherheit. Dazu tragen auch die zahlreichen Kolleginnen und Kollegen, mit denen ich oft schon seit Jahren vertrauensvoll zusammenarbeite, ganz wesentlich bei. Auch das gute Verhältnis zu unserer Dienst- und Fachaufsicht in der Niedersächsischen Staatskanzlei ist in diesem Zusammenhang sehr förderlich. In den letzten zwanzig Jahren haben sich zwar die Rahmenbedingungen und die Art und Weise unseres Tuns stark verändert, doch sind die grundlegenden Tätigkeitsbereiche gleich geblieben. Das zeigt mir, wie wichtig es ist, Arbeitsabläufe und Strukturen stetig zu hinterfragen und wenn nötig anzupassen. Nur so können wir unserem Archivierungsauftrag dauerhaft gerecht werden.

Seit Ihrem Amtsantritt sind neun Monate ins Land gegangen. Wie haben Sie diese Zeit erlebt und welche Eindrücke und Erfahrungen konnten Sie sammeln?

Von den Kolleginnen und Kollegen habe ich viel Unterstützung erfahren, was mir den Amtsantritt sehr erleichtert hat. Auch habe ich sehr stark von den guten Kontakten und Kooperationen profitiert, die das Niedersächsische Landesarchiv unterhält. Die Eindrücke, die ich bei meinen Besuchen in den regionalen Abteilungen gewonnen habe, waren sehr positiv. Dass dabei an der einen oder anderen Stelle Verbesserungs- und Änderungsbedarf festgestellt wurde, ist nicht überraschend, vielmehr ein Ansporn diese Dinge schnellstmöglich anzugehen. In besonderer Weise beschäftigen mich die

Auswirkungen der mehrjährigen Sanierungsmaßnahme am Sitz des Landesarchivs in Hannover, weil diese mit großen Herausforderungen für alle Beteiligten verbunden sind. In den ersten neun Monaten ging es außerdem darum, das Landesarchiv mit Blick auf die anstehenden Aufgaben organisatorisch noch besser aufzustellen. Diese Schritte sind mittlerweile vollzogen und werden nach außen durch die neu geschaffene Abteilung „Zentrale Dienste“ sichtbar.

Verraten Sie uns Ihre weiteren Pläne? Uns würde interessieren, welche konkreten Ziele Sie für das Landesarchiv verfolgen.

Zunächst muss es selbstverständlich darum gehen, die gesetzlich festgeschriebenen Aufgaben des Landesarchivs zu er-

füllen, ob es sich nun um die Bewertung des angebotenen Schriftguts oder die sachgerechte Erschließung, Verpackung, Aufbewahrung, Konservierung und Restaurierung des Archivguts handelt. Nicht zu vergessen sind die Menschen und Einrichtungen, die sich mit ihren Anliegen und Fragen an das Archiv wenden. Sie erwarten eine verlässliche Auskunft und eine qualifizierte Beratung. All das muss in der gewohnten Qualität fortgesetzt werden.

Parallel dazu muss das Landesarchiv aber auch auf den digitalen Wandel reagieren, der die Gesellschaft und mit ihr die öffentliche Verwaltung so maßgeblich verändert. Eine große Schwierigkeit liegt unter anderem darin, die in der Verwaltung entstandenen und ins Archiv übernommenen elektronischen Akten und Unterlagen für die Nachwelt, also für

Jahrhunderte zu erhalten. Denn technische Veränderungen, neue Programme und Datenformate gefährden ständig die Lesbarkeit digitaler Daten. Sie können nur erhalten werden, wenn sie kontinuierlich überwacht und stetig an die sich verändernden technischen Gegebenheiten angepasst werden. Aus diesem Grund hat das Niedersächsische Landesarchiv im letzten Jahr mit dem Aufbau eines digitalen Magazins für originär digitale Unterlagen begonnen. Es wird dafür die im Entwicklerverbund von Baden-Württemberg, Bayern, Digitale Archivierung Nord (DAN) und Hessen entwickelte Software DIMAG einsetzen. Beim IT-Dienstleister des Landes Niedersachsen wird derzeit eine effiziente Lösung aufgebaut, die auch von anderen öffentlichen Archiven in Niedersachsen mit genutzt werden kann. Der Aufbau und der dauerhafte Betrieb des Digitalen Magazins im Niedersächsischen Landesarchiv wird jedoch über einen langen Zeitraum nur mit Hilfe zusätzlicher Personal- und Sachmittel realisiert werden können. Denn zum einen ist damit zu rechnen, dass die vom Archiv zu übernehmenden digitalen Datenmengen in den nächsten Jahrzehnten kontinuierlich ansteigen, zum anderen müssen auch noch die Massen an analogen Akten, die in den noch immer gut gefüllten Altregistraturen schlummern, bewertet und ordnungsgemäß archiviert werden. Mit anderen Worten: Wir müssen noch über viele Jahre zweigleisig denken und arbeiten, sowohl analog als auch digital.

In der digitalen Welt erwarten Nutzer und Nutzerinnen von Archiven mit zunehmender Selbstverständlichkeit, nicht nur online in Erschließungsinformationen recherchieren zu können, sondern auch das Archivgut selbst online einsehen zu können. Welche Ansätze verfolgen Sie in dieser Frage?

In einer Gesellschaft, in der Wissen mehr und mehr digital erstellt, veröffentlicht und abgerufen wird, können Archive einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass Informationen echt, verlässlich und nachvollziehbar bleiben. Die Bereitstellung von Archivgut im Internet bedeutet für die Nutzerinnen und Nutzer einen großen Mehrwert, ist jedoch für die Archive mit erheblichen Aufwänden in technischer, organisatorischer und finanzieller Hinsicht verbunden. Hessen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen, die drei Entwicklungspartner des Archivinformationssystems Arcinsys, arbeiten intensiv am Aufbau eines „virtuellen Lesesaals“ für die Online-Nutzung von Archivgut. Die Voraussetzungen, die dafür geschaffen werden müssen, um zukünftig sowohl digitalisiertes als auch originär digitales Archivgut im Internet nutzen zu können, müssen gut überlegt sein, damit u. a. auch den gesetzlichen Nutzungseinschränkungen Rechnung getragen werden kann.

Die Online-Nutzung von Archivgut wird die echten Lesesäle ergänzen, sie wird diese jedoch nicht überflüssig machen; schließlich stellt der reale Lesesaal die einzige Möglichkeit dar, das analoge Archivgut im Original persönlich einzusehen und auch physisch zu begreifen. Denn eines ist meines Erachtens bei allen Möglichkeiten und Chancen der Digitalisierung von Archivgut unumstößlich: Ein Original besitzt seinen eigenen Wert und ist durch nichts zu ersetzen. Deshalb zielt Archivierung grundsätzlich darauf ab, zeitgenössische Überlieferungsträger und somit das Objekt in seiner ursprünglichen Form dauerhaft zu sichern.



Sie haben bereits gesagt, dass Archive noch lange zweigleisig denken und arbeiten müssen. Wie wollen Sie der enormen Herausforderung der Bewahrung des analogen Schriftguts begegnen?

Die mittlerweile sehr genaue Erfassung der Schäden an herkömmlichem Archivgut im Niedersächsischen Landesarchiv ist mehr als ernüchternd. Sie macht deutlich, dass es sich nicht um einige Regalmeter, sondern um viele Regalkilometer geschädigter Archivalien handelt. Die zur Verfügung stehenden Personal- und Sachmittel werden natürlich da eingesetzt, wo die Not am größten ist, wohlwissend, dass sich in der Zwischenzeit der Zustand des übrigen auf Entsäuerung und Restaurierung wartenden Archivguts weiter verschlechtert. Ein Wettlauf gegen die Zeit, der nur gewonnen werden kann, wenn Arbeitsabläufe optimiert, alle verfügbaren Kräfte gebündelt und zusätzliche Ressourcen zur Verfügung stehen.

Sie haben uns vorhin schon etwas über den Beginn Ihrer Ausbildung erzählt. Was hat Sie eigentlich dazu bewogen, Archivarin zu werden?

Während meines Grundstudiums der Geschichte und Philosophie in Braunschweig absolvierte ich ein Praktikum im dortigen Stadtarchiv und erhielt einen ersten Einblick in das abwechslungsreiche Tätigkeitsfeld von Archivarinnen und Archivaren. Erstmals in meinem Leben musste ich dort mittelalterliche Urkunden buchstabengetreu abschreiben, was mir schwer fiel, aber auch viel Freude bereitete. Der Umgang mit den schriftlichen Originalquellen der Vergangenheit prägte danach mein weiteres Studium. In Göttingen hatte ich die Möglichkeit, das Fach „Historische Hilfswissenschaften“ zu studieren und wurde methodisch an die Arbeit mit Originalen herangeführt. Für meine Dissertation verbrachte ich viel Zeit in Archiven, lernte deren inneren Aufbau und den Wert von zuverlässigen Findmitteln kennen. Ich beneidete die Archivarinnen und Archivare darum, dass sie sich täglich mit alten Zeugnissen beschäftigen durften, auch wenn mir klar war, dass sie nur wenig Zeit mit deren Auswertung verbrachten. Das Archiv als bewahrende Einrichtung faszinierte mich damals außerordentlich. Obwohl ich heute Archive und ihre Funktion differenzierter sehe, bereue ich meine Berufswahl nicht.

Jede Archivleitung hat bekanntlich ihre besonderen Vorstellungen von der Zusammenarbeit mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Wie begreifen Sie sich selbst als Führungsperson und welche Erwartungen haben Sie an die Zusammenarbeit mit Ihren Kolleginnen und Kollegen?

Mir ist der kollegiale Austausch mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Niedersächsischen Landesarchivs ausgesprochen wichtig, weil ich einerseits deren Erfahrungen und Kompetenzen sehr schätze, andererseits auch für ihre Kritik und Anregungen empfänglich bin. Ich stehe zu meinen Entscheidungen und zu meiner Verantwortung, bin jedoch durchaus in der Lage, Fehler einzusehen, diese zuzugeben und nach anderen Lösungen zu suchen. Schließlich wünsche ich mir für das Landesarchiv eine von gegenseitigem Vertrauen und Respekt geprägte Arbeitsatmosphäre. Wenn ich durch Verbindlichkeit, Offenheit und Transparenz dazu beitragen kann, würde mich das sehr freuen.



ÜBERLIEFERUNGSBILDUNG

ENDE EINER LEBENDIGEN TRADITION – ANFANG EINES NEUEN ARCHIVBESTANDES

Der Männergesangverein 1841 übergibt sein Vereinsarchiv dem Standort Bückeburg.

Von Stefan Brüdermann



Zu Beginn des Jahres 2018 hat der Bückeburger Männergesangverein 1841, einer der ältesten Schaumburger Vereine, sein Archiv dem Niedersächsischen Landesarchiv – Standort Bückeburg, überlassen. Im frühen 19. Jahrhundert begann eine Gründungswelle von Männergesangvereinen, die in der Zeit des „Vormärz“ ihren Höhepunkt erreichte. Mehrere Faktoren spielten dabei eine Rolle: In der Zeit der Romantik begann man sich für den unbegleiteten Liedvortrag und das Volkslied zu begeistern, suchte nach alten Liedern und zeichnete sie auf. Zugleich entstanden angesichts der Krise der Ständegesellschaft neue Formen der Geselligkeit; Gleichgesinnte organisierten sich in Vereinen. Diese Vereine, in denen das aufstrebende Bürgertum dominierte, waren oft auch politisch motiviert. Neben direkt politischen Vereinigungen wurden zahlreiche Turnvereine und Gesangvereine gegründet.

In Bückeburg entstand bereits 1831 eine „Liedertafel“, 1841 ein „Liederkranz“, aus dem der spätere Männergesangverein wurde. Der Bückeburger Männergesangverein war damit einer der ersten in Norddeutschland. Nach 1848 gab es kaum noch eine Stadt ohne Gesangverein. Der Verein unternahm Sängerfahrten, beteiligte sich an Sängerfesten. Charakteristisch für die damals auch politische Ausrichtung waren etwa 1875 die Teilnahme an der Einweihung

des Hermannsdenkmals in Detmold und 1913 an der Hundertjahrfeier der „Völkerschlacht“ bei Leipzig. Neben der Pflege des Liedgutes wurden auch Opern aufgeführt und Theater gespielt. Seit 1910 führte der Verein den Namen „Männergesangverein“. In den 1920er und 30er Jahren nahm der Männergesangverein auch an der Aufführung von Werken wie Haydns „Schöpfung“ und Beethovens 9. Symphonie teil.

In den letzten Jahrzehnten nahm aber das Interesse, in solchen Vereinen aktiv mitzuwirken, immer mehr ab, so dass junge Mitglieder fehlten und die Zahl der Aktiven immer mehr abnahm. Die Schwierigkeit, mehrstimmige Werke adäquat zu besetzen, führte dann dazu, dass der Bückeburger Verein sich am 22. November 2016 auflöste.

Die Vereinsvorsitzenden Rudolf Gravermann und Karl-Heinz Beister nahmen frühzeitig mit dem Landesarchiv Kontakt auf, um Möglichkeiten einer Übergabe des Schriftguts zu erkunden. Bei der Übernahme stellte sich heraus, dass das Wirken des Gesangvereins bis vor die Gründungszeit (die ältesten Dokumente stammen aus dem Jahr 1837) ausgezeichnet dokumentiert ist durch Noten, Protokolle, Briefe und Fotos. Damit wird die lange Tradition des Gesangvereins auch im Archiv und später in der Kulturgeschichte lebendig werden!



ÜBERLIEFERUNGSBILDUNG

AKTEN AUF WANDERSCHAFT – KRIEGSGRÄBERFÜRSORGE IM LANDKREIS FRIESLAND

Wiedergefundene Unterlagen finden ihren Weg in den Standort Oldenburg.

Von Romy Meyer

Auf welchem verschlungenen Weg Akten verloren gehen können und wie sie dann doch noch ins Archiv finden, hat der folgende Fall am NLA-Standort Oldenburg gezeigt. An einem Freitag im März 2018 meldete sich ein dem Archiv bekannter, engagierter Regionalforscher aus dem Landkreis Friesland und berichtete über einen interessanten Aktenfund. Telefonisch informierte er den damaligen Leiter des NLA-Standortes, Prof. Dr. Gerd Steinwascher, über ein Konvolut an Akten, das sich in der Registratur der Landkreisverwaltung befand und das aus seiner Sicht durchaus archivwürdig wäre. Das Besondere an diesen Unterlagen sei, dass sie über einen langen Zeitraum als „verschollen“ gegolten hätten und nun wieder aufgetaucht seien.

Doch von vorn: Aufgrund seines besonderen Interesses an der Geschichte der NS-Zeit in Jever, Varel und den umliegenden Orten im Landkreis hatte eben jener Benutzer, der als Autor seine Forschungsergebnisse auch immer wieder in infor-

mativen Publikationen öffentlich macht, in der Vergangenheit mehrfach gezielt nach Unterlagen zu Kriegsgräbern gefahndet. Im Archiv des Landkreises, das seit einigen Jahren als Depositum im Landesarchiv – Standort Oldenburg untergebracht ist, fand sich jedoch keine Spur. Auch Nachfragen bei der Verwaltung des Landkreises Friesland und die Sichtung der dortigen Registratur führten seinerzeit nicht zum Auffinden der Akten. Sollte es solche Unterlagen für den Landkreis tatsächlich nicht gegeben haben?

Glücklicherweise ließ der Regionalforscher nicht locker und versuchte weiterhin die Akten aufzuspüren. Schließlich brachten seine Nachfragen beim Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge – Bezirksverband Oldenburg ein positives Ergebnis. Dort befanden sich, wohl schon seit längerer Zeit, einige Akten, die vom Landkreis ausgeliehen worden waren. Wie lange die Unterlagen schon in Oldenburg beim Bezirksverband Deutsche Kriegsgräberfürsorge und nicht



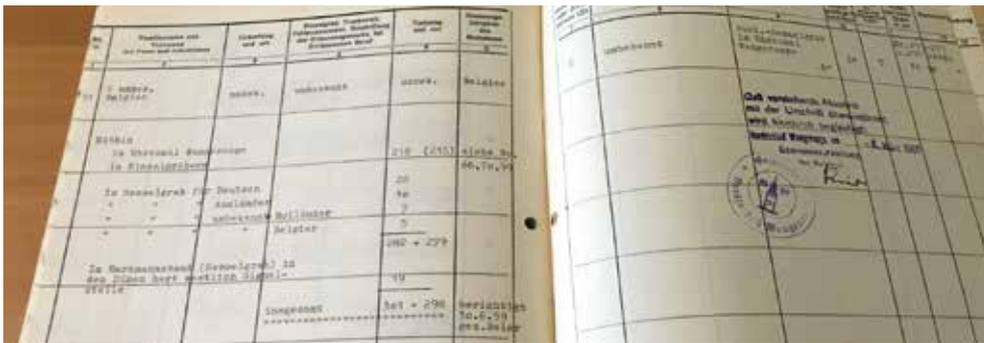
mehr in Jever waren, lässt sich nicht rekonstruieren, da die Ausleihe offenbar „unquittiert“ und bereits in der Zeit vor der Tätigkeit der jetzigen Kollegen in der Altregistratur des Landkreises erfolgt war. Die Rückforderung bzw. das Rücksenden war daraufhin wohl in Vergessenheit geraten, sollte nun aber alsbald nachgeholt werden. So fanden die Akten schließlich im Herbst 2017 wieder zurück zu ihrem Registraturbildner nach Jever, dem Sitz der Landkreisverwaltung. Vor Ort in der Altregistratur des Kreishauses wurden die Unterlagen ordnungsgemäß entgegen genommen und konnten nun endlich auch durch den hartnäckigen und interessierten Forscher eingesehen werden. Dabei offenbarte sich, dass sich in den Kartons mit Akten nicht nur Vorgänge zum Thema Kriegsgräberfürsorge verbargen, vielmehr waren auch einige Akten zu den im Landkreis vorhandenen jüdischen Friedhöfen darunter. Auch hierüber setzte der Nutzer das Archiv umgehend per Telefon und E-Mail in Kenntnis. Insgesamt hatte die Aktenrückgabe einen Umfang von etwa einem laufenden Meter und bestand aus zum Teil recht dünnen Aktenmappen, die bereits in der Registratur gelumbeckt, d. h. mit einer Art Klebebindung am Rücken versehen

worden waren. Letzteres ist ein Spezifikum in der Altregistratur des Landkreises Friesland, das für den Erhaltungszustand dieser Akten sicherlich förderlich war. Die Unterlagen wurden dann im Sommer 2018 der für das Kreisarchiv zuständigen Mitarbeiterin in zwei Kartons, sorgsam verpackt, übergeben. Die Mitarbeiter in der Registratur der Landkreisverwaltung waren ebenso froh über die „wiederaufgefundenen“ Akten wie das Archiv in Oldenburg. Die Erschließung und eine archivgerechte Verpackung der Unterlagen sollten im Archiv in Oldenburg folgen. In erster Linie enthalten die Akten Informationen zur Kriegsgräberfürsorge im Gebiet des Landkreises. Unter anderem befinden sich darin Auflistungen über die Kriegsgräber in den verschiedenen Gemeinden und Kostenaufstellungen über notwendige Instandsetzungsarbeiten in der Nachkriegszeit und den Folgejahren. Dies ermöglicht einen umfassenden Eindruck zum Umgang mit diesen Grabstätten. Beispielsweise gibt eine umfangreiche Liste Auskunft über die auf der Nordseeinsel Wangerooge während des Krieges umgekommenen Personen. Darunter finden sich auch einige wenige Opfer des Ersten Weltkriegs. Neben Name, Geburtsdatum und -ort ist zudem

vermerkt, ob es sich um eine Militär- oder Zivilperson handelte. Insgesamt listet die Zusammenstellung, die die Gemeinde Wangerooze im Jahr 1960 erstellt hat, 301 Personen auf, die auf der Nordseeinsel zu Tode kamen. Darunter finden sich auch 19 Marinesoldaten und Marinehelferinnen, die kurz vor Kriegsende, am 25. April 1945, bei einem Bombentreffer in einem Bunker ums Leben kamen. Heute erinnern die zu einem Kriegsgrab erklärte Ruine, ein Kreuz und eine Ehrentafel am so genannten Hartmannstand an dieses tragische Schicksal.

Doch auch die unerwarteten Unterlagen in den wiederaufgefundenen Akten, die die jüdischen Friedhöfe im Landkreis zum Thema haben, offenbaren interessante Aspekte. Hier berichtet unter anderem der Beauftragte für die Instandsetzung der jüdischen Friedhöfe im damaligen Verwaltungsbezirk Oldenburg, Erich Levy, über den Fortschritt bei Ausbesserungsarbeiten und der Pflege von Grabstellen. Eine weitere Akte dokumentiert, vor allem anhand von Presseartikeln, die mutwilligen Zerstörungen auf dem jüdischen Friedhof in Schortens im Jahr 1960. Zahl-

reiche Grabsteine waren umgeworfen worden, doch die Täter konnten bereits eine Woche später gestellt werden. Die dank eines akribisch recherchierenden Nutzers wiedergefundenen Akten sind ganz gewiss archiwürdig und ergänzen den Bestand des im Landesarchiv verwahrten Kreisarchivs um sinnvolle Aspekte. Sie zeigen aber auch, wie verschlungen die Wege von Unterlagen verlaufen können und wie sinnvoll und wichtig ein guter und intensiver Kontakt zur Regionalforschung und auch zu den Kollegen der Altregistratur vor Ort ist.



Initiative gegen Berufsverbote, zur Verteidigung demokratischer Rechte

Als die Nazis die Kommunisten holten,
habe ich geschwiegen;
ich war ja kein Kommunist.
Als sie die Sozialdemokraten
ausgipelten,
habe ich geschwiegen;
ich war ja kein Sozialdemokrat.
Als sie die Katholiken holten,
habe ich nicht protestiert,
ich war ja kein Katholik.
Als sie mich holten,
gab es keinen mehr,
der protestieren konnte.

Marie Perle, ehem. Reichs-
präsidentin von Preußen und Hannover,
1933 - 1945 in KZ - Haft

OOB Kreisverband WFA/Präsident, GDF Kreisverbände Jever und Wiefelshöfen, GDF Betriebsgruppe am Mariengymnasium und an den Berufshochschulen Schöler, Jever, GDF Fertigungs-Servicebereich WFA/Präsident, Jugendgruppenleiterin, Finkenstraße 10/12, Jever, SPD Schöler, Jever, Jever, Auf Jever, die GRÜNEN Kreisverband Friesland und Kreisverband WFF, GDF Kreisverband WFF/Präsident, Finkenstraße 10/12, Jever, WFF/Betriebsgruppe Jever, WFF/Betriebsgruppe WFF/ SV des Mariengymnasiums, Jever, Schulgruppe am Mariengymnasium, WFF/Betriebsgruppe WFF/Präsident



BESTÄNDE, ERSCHLIEßUNG

„BERUFSVERBOTE“ IN NIEDERSACHSEN 1972 – 1990

Betroffene des sog. Radikalen- erlasses schenken dem Nieder- sächsischen Landesarchiv in Hannover persönliche Dokumentationen.

Von Kerstin Rahn



Jutta Rübke,
Niedersächsische Landes-
beauftragte für die Auf-
arbeitung der Schicksale im
Zusammenhang mit dem
sog. Radikalenerlass

Das Niedersächsische Landesarchiv in Hannover ist seit Herbst 2018 im Besitz eines bislang bundesweit einmaligen Quellensamples, das im Zuge der niedersächsischen Aufarbeitung des sog. Radikalenerlasses zusammengetragen werden konnte.

1972 verabschiedeten die Ministerpräsidenten der Länder einen Runderlass zur „Beschäftigung von rechts- und linksradikalen Personen im öffentlichen Dienst“ mit dem Ziel, die Beschäftigung so genannter Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst zu verhindern. Am 15. Dezember 2016 fasste der Niedersächsische Landtag die Entschliebung, „eine Beauftragte/einen Beauftragten zur Aufarbeitung der Schicksale der von niedersächsischen „Berufsverboten“ betroffenen Personen und der Möglichkeiten ihrer politischen und gesellschaftlichen Rehabilitation einzusetzen“. So habe der sog. Radikalenerlass bundesweit „zum faktischen Berufsverbot für Tausende von Menschen, die als Lehrerinnen

und Lehrer, in der Sozialarbeit [...] tätig waren oder sich auf solche Berufe vorbereitet und bewarben“ geführt. In dem Entschliebungsantrag wird eine Zahl von über 130 unmittelbar vom sog. Radikalenerlass betroffenen Personen genannt. Niedersachsen war das erste Bundesland, das durch eine Entscheidung des Landtages eine Aufarbeitung initiierte. Die Landesregierung hat mit Wirkung vom 1. Februar 2017 bis zum 31. Januar 2018 die ehemalige Landtagsabgeordnete Jutta Rübke zur „Niedersächsischen Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der Schicksale im Zusammenhang mit dem sog. Radikalenerlass“ berufen (Nds. LT Drs. 17/7150).

Die Landesbeauftragte und ihr wissenschaftlicher Mitarbeiter Wilfried Knauer nahmen Kontakt zu Betroffenen auf und stellten in Gesprächen fest, dass diese teilweise umfangreiche persönliche Dokumentationen gebildet und aufbewahrt hatten, zu denen u. a. Anhörungsprotokolle, Resolutionen, Unterschriftenlisten,

Solidaritätserklärungen, Flugblätter, Plakate, persönliche Korrespondenzen und eigene Aufzeichnungen gehörten. Hier bot sich aus der Sicht des Niedersächsischen Landesarchivs ein einmaliges Quellenmaterial, das einerseits die Perspektive der Betroffenen dokumentieren und andererseits wertvolle Ergänzungen zur bisher gebildeten staatlichen Überlieferung bieten konnte. In mehreren Informationsveranstaltungen wurde bei Betroffenen intensiv für die dauerhafte Abgabe privater Dokumentationen an die Landesbeauftragte bzw. das Niedersächsische Landesarchiv geworben. Immerhin achtzehn vom sog. Radikalerlass Betroffene boten daraufhin Schriftgut aus ihrem Besitz zur Übernahme an. Letztlich ist so ein bislang einmaliges Sample entstanden, zu dem auch Unterlagen „prominenter Fälle“ zählen: die erfolgreiche Klage von Dorothea Vogt vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg erregte 1995 internationales Aufsehen. In sei-

nem Grundsatzurteil vom 26. September 1995 stellte der Europäische Gerichtshof

Menschenrechtskonvention verstoßen und „unverhältnismäßig“ gehandelt habe, als es die Lehrerin Dorothea Vogt wegen ihrer Mitgliedschaft in der DKP zeitweilig aus dem Schul-

dienst entließ (vgl. hierzu auch: Jutta Rübke (Hrsg.), Berufsverbote in Niedersachsen 1972–1990. Eine Dokumentation. Hannover 2018, S. 178 ff.).

Dorothea Vogt wie auch die anderen abgebenden Betroffenen haben vor der Übernahme ihrer privaten Unterlagen Schenkungsverträge mit der Landesbeauftragten Jutta Rübke und dem Niedersächsischen Landesarchiv abgeschlossen. Die Regelungen der Verträge sehen eine baldige Erschließung und Benutzbarkeit der Unterlagen für die wissenschaftliche Erforschung vor. Die Verzeichnung des aus den Abgaben gebildeten Aktenzugangs ist derzeit im Landesarchiv in Bearbeitung, nach Abschluss der Erschließung stehen die Unterlagen einer wissenschaftlichen Nutzung zur Verfügung – gute Voraussetzungen für die Aufarbeitung eines mehr als vielschichtigen Themenkomplexes.

Geschäftsstelle
der Anhörkommission
beim Niedersächsischen
Minister des Innern
- A 94 -

Hannover, den 5. Dezember 1975
Lavesallee 6, Postfach 221
Fernruf: (0511) 190-6896

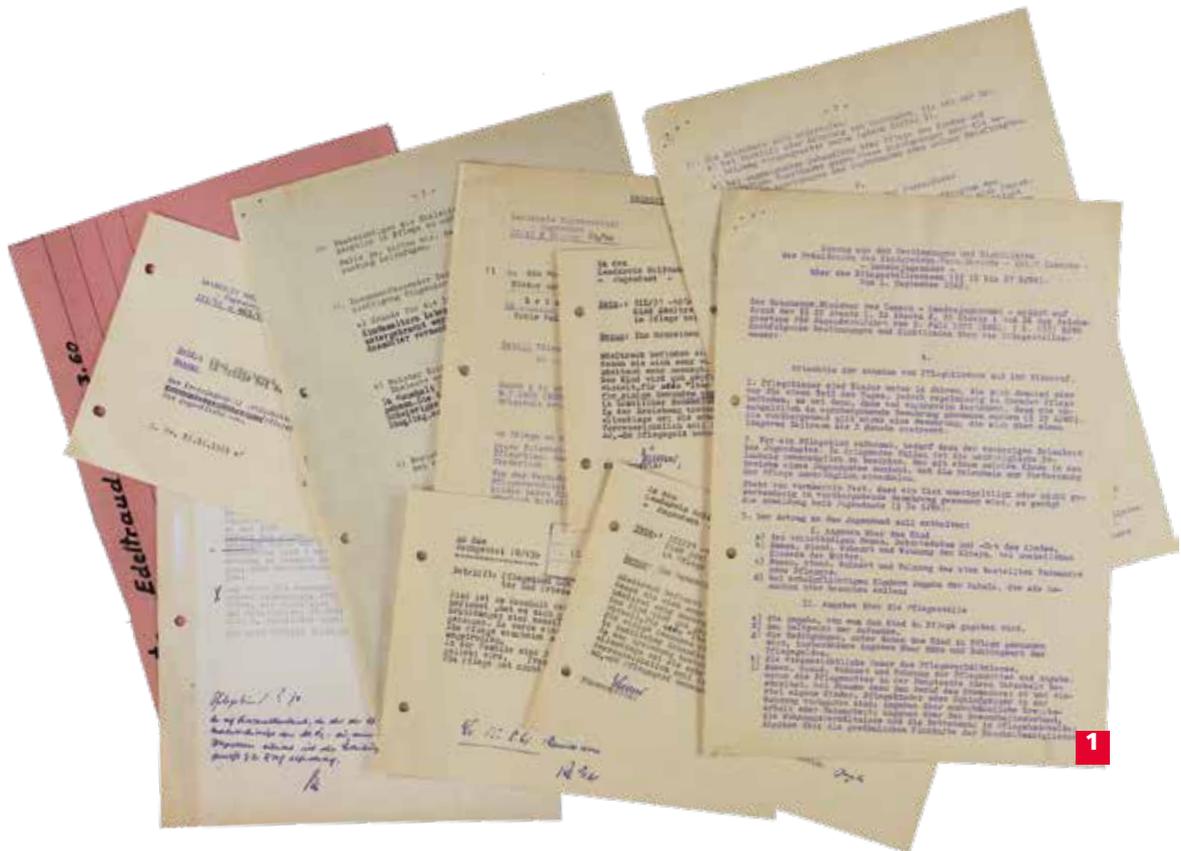
Erklärung zu meiner geplanten Entlassung aus dem Schuldienst

Betr.: Anhörung von Bewerbern um Einstellung in den öffentlichen Dienst
Bezug: Ihre Bewerbung um Einstellung als wissenschaftlicher Angestellter
Anlg.: RdErl. d. LM vom 10. 7. 1972 und
RdErl. d. MI vom 25. 3. 1975

Beschluß des Landesministeriums vom 10.07.1972 i.d.F. vom 03.05./
21.06.1977 (Nds. MBl. S. 884) über die politische Betätigung von
Angehörigen des öffentlichen Dienstes gegen die freiheitliche
demokratische Grundordnung - Verfahren gemäß Tz. 2.7 des Be-
schlusses

für Menschenrechte fest, dass das Land Niedersachsen gegen die Europäische





BESTÄNDE, ERSCHLIEßUNG „BITTE UM ANDERWEITIGE UNTERBRINGUNG DES KINDES“

Die Fürsorgeakten des Landkreises Wolfenbüttel dokumentieren persönliche Schicksale und sind Zeugnisse deutscher Geschichte.

Von Meike Buck

Mehr als 1.000 Fürsorgeakten vom Jugendamt des Landkreises Wolfenbüttel sind als seltene Komplettübernahme in das Landesarchiv – Standort Wolfenbüttel gekommen. Die Unterlagen dokumentieren die Geschichten von Kindern und Jugendlichen, die als Pflegekinder vom Jugendamt betreut wurden. Der zufällige Dachbodenfund einer Mitarbeiterin erwies sich bei der Verzeichnung als äußerst spannend, denn die Akten erzählen nicht nur persönliche Schicksale, in ihnen spiegeln sich auch verschiedene Aspekte der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts wider.

Die Gründe, aus denen ein Kind außerhalb seiner Familie untergebracht werden musste, waren vielfältig: Krankheiten und Krankenhausaufenthalte, mitunter auch der Tod der Eltern, materielle Not und beengte Wohnverhältnisse, eine un- oder

außereheliche Geburt, soziale Auffälligkeiten der Kinder und mit der Erziehung überforderte oder hilflose Eltern. Sprachlos machen Schicksale, in denen Kinder bewusst vernachlässigt und misshandelt wurden und eine Herausnahme des Kindes notwendig machten.

Lebte in einem Haushalt ein Pflegekind, besuchten Fürsorgerinnen regelmäßig die Familie und schilderten in kurzen Berichten die Wohnumstände, die familiäre Situation der Betroffenen und die Entwicklung des Kindes. Verbunden damit war die Einschätzung, ob das Kind in der Pflegefamilie gut aufgehoben war oder andere Maßnahmen erforderlich wären (Abb. 1). In wenigen Akten ergänzen Fotos, in einem Fall ein Handschuh des Kindes den amtlichen Schriftwechsel (Abb. 5).

Die Laufzeit des Zugangs von 1930 bis 1987 lässt Veränderungen, aber auch

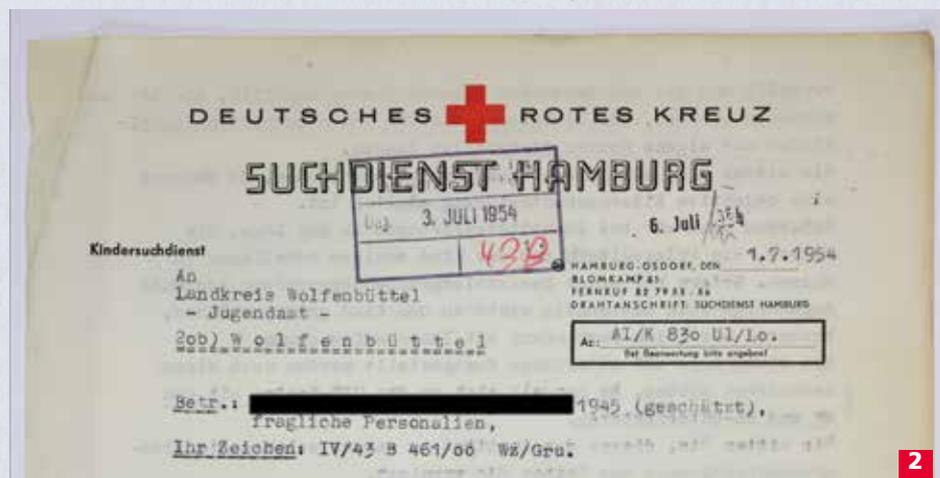
Kontinuitäten in der Tätigkeit des Jugendamtes erkennen. In der Nachkriegszeit waren es vor allem Familien, die vor der Roten Armee geflohen oder aus ihrer Heimat in Schlesien oder Pommern vertrieben worden waren, die ein Pflegekind, oft das Kind eines gefallenen oder vermissten Verwandten, beim Jugendamt meldeten. Hier fehlte es oft am Allernötigsten, so dass mit Sachleistungen – ein Bett, ein Kinderwagen, Kleidung – die materielle Not gelindert werden konnte. Eine psychologische Betreuung der durch Kriegs- und Fluchtereignisse traumatisierten Kinder fand oft nur bei akuten Pro-

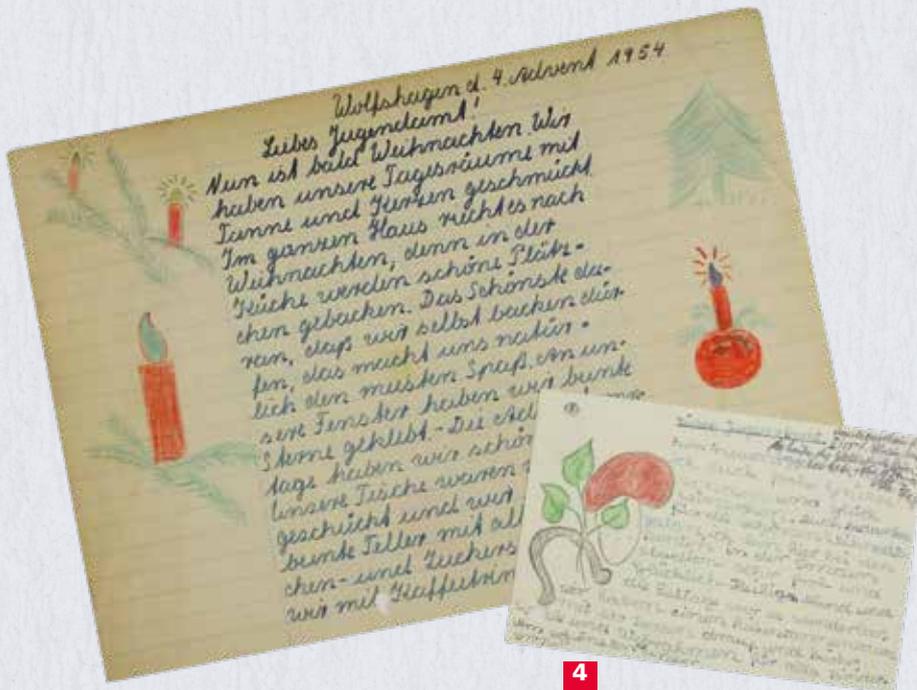
blemen statt. Eindrücklich sind die Schilderungen von Vergewaltigungen von Frauen durch russische oder polnische Soldaten in Lagern oder auf der Flucht. Die Kommunikation mit dem Kindersuchdienst des Roten Kreuzes offenbart aber auch manche Erfolgsgeschichte, wenn Familienangehörige, die durch die Kriegsumstände getrennt worden waren, wieder zueinander fanden (Abb. 2).

Durch die räumliche Enge in den Wohnungen mangelte es oft an Privatsphäre. Ganze Familien bewohnten einen Raum, den Nebenraum eine andere Familie. Platz für Betten war begrenzt, so

dass sich mehrere Familienmitglieder eine Schlafstelle teilen mussten. Diese Situation begünstigte sexuellen Missbrauch, der in den Berichten, vereinzelt in Gerichtsverfahren mit detaillierten Schilderungen und Zeugenaussagen, dokumentiert ist. In den Akten der 1960er und 1970er Jahre mehren sich die Fälle von Problemen durch eine Scheidung der Eltern und die sozialen Herausforderungen einer Wohlstandsgesellschaft.

Wie schwierig die Aufgabe des Jugendamtes und der Fürsorgerinnen war, lässt sich nachvollziehen, wenn Entscheidungen über die Herausnahme eines Kindes





4

aus der Familie getroffen werden mussten. Auch bei der Rückführung eines Kindes nach einem vorübergehenden Aufenthalt in einem Heim, der in den Akten ebenfalls dokumentiert ist (Abb. 3), wurden von den Verantwortlichen oft mehrere Möglichkeiten abgewogen. Besonders nach Schlagzeilen machenden Einzelfällen wird über die Aufgaben, die personelle Ausstattung und Gründe für einzelne (Fehl-)Entscheidungen der Jugendämter diskutiert. Dass ein Heimaufenthalt mitunter eine richtige Entscheidung war, zeigen u. a. die Weihnachtsbriefe eines Jungen, die er, verziert mit kindlichen Zeichnungen, an das „liebe Jugendamt“ schreibt (Abb. 4).

Die Deutsche Teilung und die Grenzlage des Landkreises Wolfenbüttel stellten

das Jugendamt vor besondere Probleme. Lebte ein Elternteil in der DDR, das andere in der BRD, konnte Unterhalt nicht ohne weiteres über die „Zonengrenze“ hinweg gezahlt werden. Zudem waren die eingeschränkten Reise- und Besuchsmöglichkeiten eine Belastung für die Familien. Vereinzelt baten auch aus der sowjetischen Besatzungszone oder der DDR geflüchtete Familien um Hilfe.

Die Akte eines aus Vietnam geflüchteten Mädchens, dessen Mutter auf der Flucht ertrunken war, rückt einen weiteren Aspekt deutscher Geschichte in den Vordergrund. Der Umgang mit

Gastarbeiter- und Flüchtlingsfamilien und die Herausforderungen durch gesellschaftliche und kulturelle Unterschiede haben durch die Ereignisse der vergangenen Jahre eine neue Aktualität bekommen.

Aufgrund der Geburtsjahrgänge der Betroffenen zwischen 1929 und 1976 sind die Akten des Bestandes mitunter noch Jahrzehnte für die normale Benutzung gesperrt. Doch auch mit anonymisierten Daten – recherchiert mit einem Schutzfristverkürzungsantrag – lassen sich interessante Aspekte der deutschen Sozialgeschichte am Beispiel des Landkreises Wolfenbüttel beleuchten. Aufgrund der Vielfalt des Zugangs und der Relevanz wurde eine analytische Verzeichnung der Akten vorgenommen, die der Wissenschaft und Familienforschung späterer Generationen zudem die Recherche über eine Stichwortsuche ermöglicht.



5



BESTÄNDE, ERSCHLIEßUNG AUSWERTUNG VON MASSENDATEN MIT HILFE KÜNSTLICHER INTELLIGENZ

**Die Gestapo-Kartei
Osnabrück steht im
Mittelpunkt eines
innovativen
DFG-Projekts.**
Von Birgit Kehne

Der Standort Osnabrück des Niedersächsischen Landesarchivs verwahrt eine der sechs über das Ende des Dritten Reichs hinaus erhaltenen Karteien der Geheimen Staatspolizei. Schon 1929 von der preußischen Polizei angelegt, erweiterte die Gestapo-Stelle Osnabrück seit 1933 die Kartei umfangreich mit Informationen über Männer und Frauen aus dem gesamten Regierungsbezirk Osnabrück, der mit seiner Grenzlage zu den Niederlanden besondere Bedeutung hatte. Es entstand eine zentrale Kartei mit ca. 50.000 einzelnen Karten. Aus dem Gebiet des heutigen Bundeslandes Niedersachsen ist nur die Gestapo-Kartei in Osnabrück bis in die Gegenwart überkommen. Die alphabetisch geordnete Kartei wurde bislang in der Forschung nicht als Ganzes untersucht, sondern in der Regel nach Personen befragt, um eventuell biografische Details zu erhalten. Ansätze, ihre

Struktur und ihren Aussagegehalt auszuwerten, blieben pauschal, die Menge der Karteikarten hätte einen nicht zu realisierenden Zeitaufwand mit sich gebracht. Dies hat sich mit einem Forschungsprojekt der Professur für Neueste Geschichte und Historische Migrationsforschung der Universität Osnabrück unter Leitung von Prof. Christoph Rass und Dr. Sebastian Bondzio in Kooperation mit dem Niedersächsischen Landesarchiv grundlegend geändert. Das Projekt „Überwachung. Macht. Ordnung. Personen und Vorgangskarteien als Herrschaftsinstrument der Gestapo“ wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) für die Dauer von drei Jahren gefördert. Die DFG unterstützt hiermit einen völlig neuartigen Weg der Auswertung. Mittelpunkt des Universitätsprojektes ist die datenbankgestützte Auswertung der Kartei mit allen Beschreibungen.



BESTÄNDE, ERSCHLIEßUNG

NEUER BESTAND ZUR MUSEUMS- GESCHICHTE UND PROVENIENZ- FORSCHUNG

Archivalien des Kunstgut- lagers Schloss Celle sind nach Hannover gelangt.

Von Petra Winter
und Nicolas Rügge

Die Archivalien des Kunstgutlagers Schloss Celle dokumentieren einen wichtigen Teil der Geschichte der Staatlichen Museen zu Berlin, da hier wesentliche Bestände aus nahezu allen Abteilungen der vormals preußischen Museen von 1945 bis zur Rückführung der Objekte nach West-Berlin Mitte der 1950er Jahre bewahrt und betreut wurden. Dazu zählten unter anderem die Antiken-, Islamische und Ägyptische Abteilung, das Völkerkundemuseum, das Kupferstichkabinett und die Nationalgalerie, auch Bücher und Bildmaterial aus der Kunst- und Zentralbibliothek.

Nach der Beschlagnahme der kriegsbedingt ausgelagerten Museumsobjekte durch die amerikanische bzw. britische Armee im April 1945 in Bergungsorten der Region Grasleben/Helmstedt sowie in Schönebeck wurden die Kunstwerke ins Schloss Celle verbracht (Abb. 1), wo ein zentraler „Collecting Point“ für die britische Besatzungszone entstand. Im

November 1949 ging das „Zonal Fine Arts Repository“ in deutsche Verwaltung unter Aufsicht des Niedersächsischen Kultusministers über. Neben den sehr umfangreichen Berliner Beständen verwahrte das Kunstgutlager verschiedenes Kulturgut anderer Herkunft, auch aus Museen und Bibliotheken in Schwerin und Magdeburg. Als die Rückführungen 1958 weitestgehend abgeschlossen waren, wurde die Dienststelle aufgelöst und bis Ende 1961 vollständig abgewickelt.

Geleitet wurde das Kunstgutlager in der Anfangsphase von dem Celler Kaufmann und Kunstliebhaber Ernst Jürgen Otto, der zuvor schon die Verhandlungen als Dolmetscher begleitet hatte. Infolge einer Untersuchung, ausgelöst durch das Verschwinden wertvollen Goldschmucks aus der Antikenabteilung, musste Otto im Oktober 1947 mit einem Großteil des Personals den Dienst quittieren. Im Februar 1948 wurde als Nachfolger der bereits im 70. Lebensjahr stehende Prof. Dr.

Robert Schmidt bestimmt, zuvor 20 Jahre lang Direktor des bedeutenden Kunstgewerbemuseums im Berliner Schloss, von dem ebenfalls eine große Anzahl Kisten nach Celle gelangt war. Auch deshalb war Schmidt sehr persönlich mit den Museumsobjekten verbunden, stellte den engen Kontakt zu den Berliner Museen her und sorgte für die fachgerechte Revision der Bestände. 1952 folgte der bisherige Stellvertreter Dr. Lothar Pretzell (1909-1993), der bis 1945 als Museumsleiter in Salzburg tätig gewesen war und dort umfangreiche Auslagerungen von Kulturgütern organisiert hatte. Mit den Berliner Einrichtungen setzte er die Zusammenarbeit auch in Form von Ausstellungen und Leihgaben an die ab 1949

neu entstandenen West-Berliner Museen intensiv fort. Kurz nach der Auflösung des Kunstgutlagers legte er eine informationsreiche Dokumentation über diese besondere Einrichtung vor.

Als es Pretzell nicht gelang, die Registratur des Kunstgutlagers einer Aufsichtsbehörde zu übergeben, nahm er die geschlossenen Akten offenbar mit, als er 1959 an das Museum für Deutsche Volkskunde (heute Museum Europäischer Kulturen) in Berlin-Dahlem berufen wurde. Das im selben Gebäude untergebrachte Ethno-

logische Museum übergab das Schriftgut im Sommer 2003 dem Zentralarchiv der Staatlichen Museen zu Berlin, das dieses wiederum im April 2018 dem Niedersächsischen Landesarchiv in Hannover überließ. Hier ist der neue Archivbestand mit dem Kürzel Nds. 459 inzwischen öffentlich benutzbar. Mit seinem originär aus der Dienststelle stammenden Archivgut schließt er eine Lücke in der staatlichen Überlieferung. Bisher musste für dieses Thema auf die ebenfalls im Landesarchiv verwahrten Akten der Aufsichtsbehörden

Ausstellung "Kunst der Südsee" 1

Nr. + Ei.Nr.	Gegenstand	Ort
Hbz. 1		
4272, 4297	Menschenfleischeller	Fidji
29626	Menschenfleischgabel	
o.Nr. (38122)	Tongeröll	Sepik
14565 a + b	Tatzenrücken	Somon
29554	Seremonialpeddel	Hervay-Ins.
Boes. 2964	Regenkrone	J.P.C.A.
Hbz. 2		
VI 40944	Tonschale	Sepik
39079	dto.	
39643	dto.	
Hbz. 3		
	Holzschnitzel	Marquesas-Ins.
II 15897	Holzschnitzel	" "
15851	"	" "
42496	Kokosgoflä	" "
42545	Holzfigur	" "
15688	Tanzklammer	Polynesien
15977	Schleuder mit Stein (ohne Stein)	Marquesas-Ins.
15580	Schleuderstein	" "



2

3

(Bezirksregierung Lüneburg: Hann. 180 bzw. Nds. 120 Lüneburg; Ministerium für Wissenschaft und Kultur: Nds. 401) zurückgegriffen werden.

In den insgesamt 64 überlieferten Akten des Kunstgutlagers (2,2 Regalmeter) spiegelt sich detailreich dessen umfangreiche und eng mit den Berliner Museen verbundene Tätigkeit, bis hin zur schrittweisen Rückführung der Museumsobjekte nach West-Berlin. Auch Restaurierungen (Abb. 4), zahlreiche Ausleihen und eigene Ausstellungen (Abb. 2 und 3) sind breit dokumentiert. Die Restitution

von Kunstwerken, die ihren Eigentümern während der NS-Zeit unrechtmäßig entzogen wurden, gehörte zwar nicht zu den Arbeitsschwerpunkten, doch kamen solche Fälle bereits vom Kunstgutlager aus vor. So lässt sich beispielsweise die 1952 erfolgte Rückgabe der vom Berliner Kupferstichkabinett angekauften Chodowiecki-Zeichnungen aus der Sammlung Tietz genau nachvollziehen. Die Archivalien wurden im Zentralarchiv bereits benutzt, zuletzt intensiv ausgewertet für die 2018 erschienene Chronik des Berliner Kunstgewerbemuseums: Barbara Mundt,

Museumsalltag vom Kaiserreich bis zur Demokratie (Schriften zur Geschichte der Berliner Museen 5), hrsg. von Petra Winter, Köln 2018.

Dr. Petra Winter leitet das Zentralarchiv der Staatlichen Museen zu Berlin – Preussischer Kulturbesitz.





BESTANDSERHALTUNG

MENGENWORKSHOP IN DER ZENTRALEN WERKSTATT

Vom 19. bis 21. Juni 2018 fand der Mengenworkshop IV in den Räumen der Zentralen Werkstatt des NLA in Bückeburg statt.

Mit insgesamt 36 Teilnehmern und Teilnehmerinnen aus der Zentralwerkstatt für Erhaltung von Archiv- und Bibliotheksgut des Sächsischen Staatsarchivs im Archivzentrum Hubertusburg, dem Technischen Zentrum des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen in Münster Coerde, dem Institut für Erhaltung von Archiv- und Bibliotheksgut des Landesarchivs Baden-Württemberg in Ludwigsburg und der Zentralen Werkstatt des Niedersächsischen Landesarchivs war der Workshop ausgesprochen gut besucht.

Neben einer Besichtigung der Verfilmungsstelle der Bundessicherungsverfilmung, Arbeitsplätzen zur Digitalisierung von Großformaten und Sicherungsfilmern konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der Restaurierungswerkstatt den gesamten Aktenrestaurierungsprozess im NLA an wechselnden Stationen

praktisch miterleben, ausprobieren und diskutieren.

Diese praktischen Elemente wurden durch ein umfangreiches Vortragsprogramm ergänzt. Zahlreiche aktuelle Themen der archivischen Bestandserhaltung wurden vorgestellt, wie etwa Erfahrungen und Ergebnisse beim Einsatz des SurveNIR-Systems zur Beurteilung des Entsäuerungsbedarfs (Barbara Kunze, Sächsisches Staatsarchiv), SurveNIR-Messungen im LAV (Susanne Henze, Landesarchiv NRW), die Verwendung von acrylbeschichteten Japanpapieren (Daniela Hartung, NLA), Integrated Pest Management als zukünftige Daueraufgabe des Bestandserhaltungsmanagements (Silke Kötter, NLA) sowie Spurenlesen und Darstellen (Wiebke Rauschenplat, NLA).

Wie in den Vorjahren diente auch der vierte Mengenworkshop vor allem dem

Erfahrungsaustausch zwischen den großen Werkstätten der vier beteiligten Landesarchive. Es wurde rege über die Neuanschaffung und Neukonstruktion von Wässerungsanlagen, Verfahren der Massenentsäuerung und unterschiedliche Arbeitsmethoden in den verschiedenen Landesarchiven diskutiert. Der Mengenworkshop hat sich als erfolgreiche regelmäßige Fortbildungsveranstaltung etabliert, sodass zum Abschluss der Veranstaltung bereits die erfreuliche Einladung zum V. Mengenworkshop 2019 in die Zentralwerkstatt für Erhaltung von Archiv- und Bibliotheksgut des Sächsischen Staatsarchivs im Archivzentrum Hubertusburg erfolgte.



Vorbereitung für die Nassbehandlung unter der Sicherheitswerkbank



Entfernung von Schlamm und mikrobiellem Befall im Verlauf der Nassbehandlung von Hadernpapier



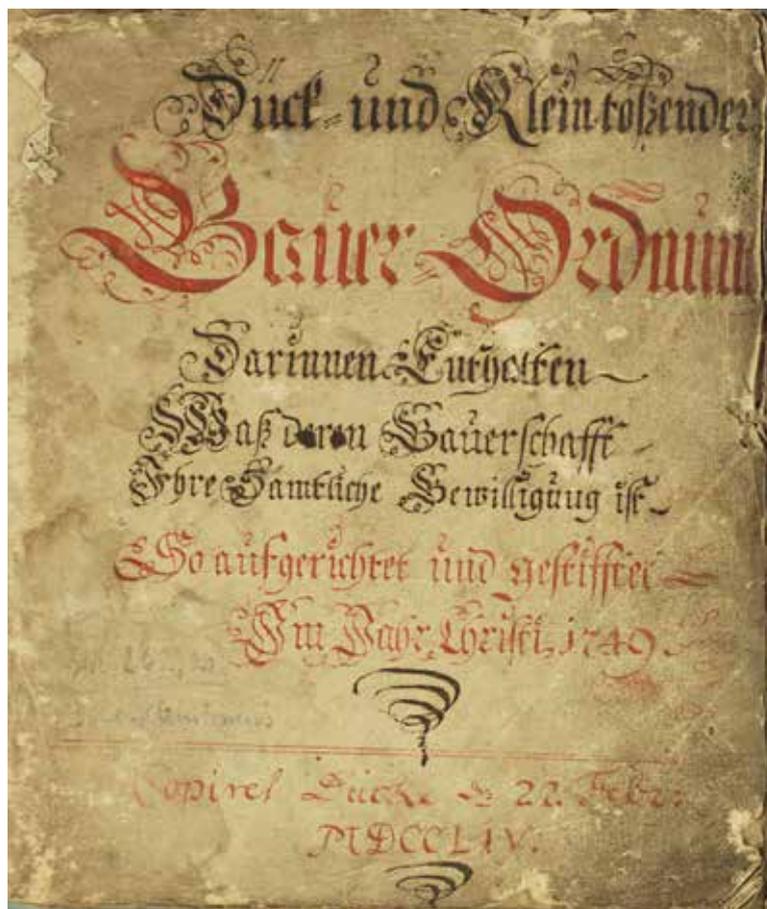
Maschinelle Trocknung von feuchten Hadernpapieren nach der Nassbehandlung



Nachleimen und Einbetten in Japanpapier von nassbehandeltem Hadernpapier



Präsentation des Kartenreinigungskabinetts und unterschiedlicher Verfahren zur Trockenreinigung von Karten, Plänen und Großformaten



BENUTZUNG

OLDENBURGISCHE BAUERBRIEFE

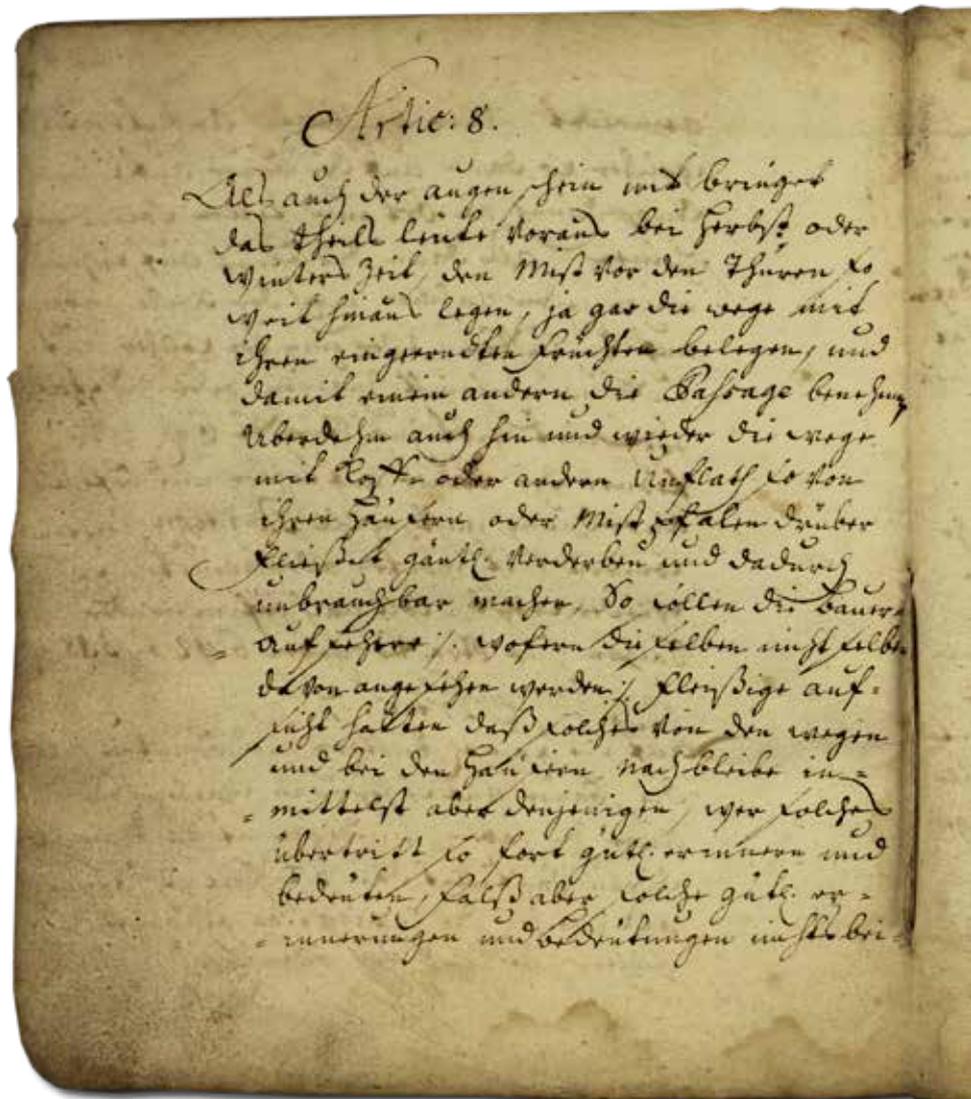
Ländliche Rechtsquellen geben Einblick in die Rechtsordnung und Sozialstruktur ihrer Zeit.

Von Matthias Nistal

Neben den in Ostfriesland und Schleswig-Holstein nachgewiesenen und ausgewerteten ländlichen Rechtsquellen sind auch die gut 100 Bauerbriefe bzw. Bauerordnungen im Oldenburger Land und im grenznahen Bereich der östlichen Unterweser seit einigen Jahren ediert. Sie werden zumeist im Niedersächsischen Landesarchiv am Standort Oldenburg aufbewahrt. Ihre Verschriftlichung im späten 16. Jahrhundert sicherte ihre Überlieferung. Die Bauerbriefe bzw. Bauerordnungen sind einerseits Zeugnisse einer sich wandelnden ländlichen Sprache, andererseits auch einer sich wandelnden Rechtsauffassung. Die Bauerschaften, aus denen sie hervorgegangen sind, gehen auf das Mittelalter zurück, sie waren Wirtschaftsgemeinden, die über ein Selbstverwaltungsrecht verfügten, wie es die ältesten Überlieferungen des Bauer-

rechts vermitteln. Sie waren genossenschaftlich organisiert, eine hierarchische Struktur ist nicht greifbar, aber die älteren und bewährten Bauern dominierten und stellten auch wegen ihrer wirtschaftlichen Kraft den Bauerschaftsgeschworenen oder Bauervogt, denn es gab keine Besoldung.

Die älteren oldenburgischen Bauerbriefe stammen aus der Zeit von 1580 bis 1785, also aus dem unveränderten Territorium der Grafschaft. Auch nach dem Tod des letzten oldenburgischen Grafen Anton Günther 1667 akzeptierte die nachfolgende Herrschaft, die dänische Krone, die Bauerbriefe weitestgehend. Nach dem Dreißigjährigen Krieg wurden die Bauerbriefe von den Landgerichten bestätigt bzw. konfirmiert, also juristisch anerkannt. Offenbar lag dies im Interesse der Bauerschaft selbst, aber ein Interesse



an den der Herrschaft, den Vögten oder den Landgerichten zufallenden Gebühren muss auch angenommen werden. Die Hinzuziehung von staatlichen Beamten bei bestimmten Streitfällen zeigt einen zunehmenden staatlichen Einfluss auf die Bauerschaften und ihre genossenschaftliche Rechtsform.

Die Bauerbriefe waren keine Gesetze, sondern Beliebigungen, auf Freiwilligkeit fußende Vereinbarungen der Bauerschaften, die von der Obrigkeit weitgehend akzeptiert wurden und für die jeweilige Bauerschaft Grundsatz waren. Den Bauerschaften und Bauergeschworenen stand der landesherrliche Vogt gegen-

über, der seinem Vogtei- oder Amtsbezirk als Gerichtsvogt vorstand. Er war Ansprechpartner wie auch situativ Gegner der Bauerschaften. Die Begriffe Vogt und Vogtei stehen für alle Erscheinungsformen der Obrigkeit als Landesherrschaft und Gerichtsherrschaft. Die Beamten kamen und gingen, die Bauerschaft war hingegen schon lange, vermutlich bereits seit dem 13. Jahrhundert, eine gefestigte Korporation. Schon im Sachsenspiegel aus der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts erscheint die Bauerschaft als genossenschaftlicher Gemeindeverband, der über Satzungsgewalt, eine niederschwellige bäuerliche Gerichtsbarkeit und lokale

polizeiliche Gewalt verfügte.

Die Bauerbriefe vermitteln den Eindruck der Eindeutigkeit und festgefügteten Selbstverständlichkeit der Bauerschaften. Die Ordnung einer Bauerschaft wird in den Bauerrechten beschworen, ja sogar als Motto hin und wieder biblisch überhöht, z. B. „lasset alles ehrlich und ordentlich zugehen“ (nach 1. Korintherbrief Kap. 14). Das Zusammenleben einer homogenen Gruppe, die sich durch landwirtschaftliche und handwerkliche Subsistenzwirtschaft nährt, bedurfte Regeln, um den dörflichen Frieden und die innere Ordnung zu erhalten. So waren z. B. Viehhaltung und Viehtrieb, die Bie-

Dem Uebertraher gefangen, so haben die
 Cantor auf seine Kosten innerhalb 3 Tagen
 dem Königl. Schreiber zu melden, und
 die erforderliche Zwangs mittel darüber aus-
 zubitten, und es gibt der Verbrecher
 die Cantor zw. Strafe 18 bis 24 Grote.

Artic. 9.

Alle auf sein und wieder die Leibe auf
 dem Wege, und an dem Orte wo er
 ihre Pflanz, Pflanz etc. abbinden: auch,
 bei dem sie liegen wagen, allerlei Schmutz
 - geringe mitbringen, wodurch aber die Pferde
 zuwischen Pflanz und Leibe gemacht werden
 und nur dadurch in Leib und Leibe zu-
 lage gebracht. So soll auf seinen
 - unternehmen Kosten alle die da ge-
 - ringe am Wege und für Strafe zu
 legen, und es gibt aber der
 -jenigen welche sich wieder zum
 - bekümmern mit Strafe 12 Grote
 - Strafe werden.

Artic. 8 Als auch der Augenschein mitbringet, das theils Leute, voraus bei
 Herbst- oder Winterszeit, den Mist vor den Thüren soweit hinauslegen, ja
 gar die Wege mit ihren eingearndten Früchten belegen und damit einem
 andern die Passage benahmen, überdehn auch hin und wieder die We-
 ge mit Koff oder andern Unflath, so von ihren Häusern oder Mistpfalen
 darüberfließet, gänzlich verderben und dadurch unbrauchbar machen.
 So sollen die Baueraufseher (wofern dieselben nicht selber davon an-
 gesehen werden) fleißige Aufsicht halten, daß solches von den Wegen
 und bei den Häusern nachbleibe. Immittelst aber denjenigen, wer solches
 übertritt, sofort gütlich erinnern und bedeuten. Falß aber solche gütliche
 Erinnerungen und Bedeutungen nichts bei den Übertreter verfangen, so
 haben die Bauer-Aufseher solches innerhalb 3 Tagen dem königlichen
 Herrn Beamten zu melden und die erforderlichen Zwangsmittel dar-
 über auszubitten. Indessen gibt der Verbrecher die Bauer zur Straffe 18
 bis 24 Grote.

nen- und Kleinviehhaltung, die Wege-
 rechte und die Brücken- und Wegeunter-
 haltung, die Nutzungen von eigenen und
 gemeinwirtschaftlichen Flächen und die
 Nutzung von Hab und Gut, Leihwesen
 und die Sicherung des dörflichen Be-
 sitzes gegen Sturmfluten und sonstige
 Naturkatastrophen sowie die nachbar-
 schaftliche Unterstützung im Regelwerk
 festgeschrieben. Dazu kamen Aspekte
 des Sozialverhaltens wie Gottesfurcht,
 Wahrheitsliebe, ehelich korrektes Leben,
 Regelung für die Trauerzeit, Begräbnisse
 und Wochenbettzeiten, keine Diebereien
 von Früchten, Milch oder Vieh, um den
 Nachbarn in keiner Form zu schädigen.

In den Bauerschaftsversammlungen wur-
 de auch festgelegt, wer dazu gehören
 durfte. Wer dazu gehörte, durfte das
 Bauerbier mittrinken; der so genannte
 Einstand oder Willkomm bezeichnete
 die Aufnahme als berechtigtes Mitglied.
 Die Bauerschaftsversammlung berief die
 Bauergeschworenen, die vor ihr oder
 von einem Ältesten vereidigt wurden;
 sie kontrollierte die Bauergeschworenen.
 Je nach Bauerschaftsgröße wurden ein
 bis vier Geschworene berufen, das Amt
 ging zudem reihum. Auch wurden in den
 Versammlungen Streitfälle im nachbar-
 schaftlichen, landwirtschaftlichen oder
 polizeilichen Bereich entschieden bzw.

durch Vergleich beigelegt. Zuvor sollten
 die Bauergeschworenen im Vorfeld Strei-
 tigkeiten durch Ermahnung beizulegen
 versuchen.

Herzog Peter Friedrich Ludwig von Ol-
 denburg beendete mit seiner Instruction
 für die Bauervögte vom 26. September
 1814 die historisch gewachsene bäuer-
 liche Selbstverwaltung. Die Bauerge-
 schworenen hießen fortan Bauervögte
 und wurden quasi zu indirekten Beamten
 gemacht. Die auf freie Genossenschaft
 zielenden Bauerbriefe waren nun Ge-
 schichte.



BENUTZUNG

EINE FRAGE DER KOOPERATION: DAS ARCHIV ALS LEHR- UND LERNORT FÜR PROVENIENZFORSCHUNG

Der Standort Oldenburg bietet Jungforscherinnen und Jungforschern Chancen für eigene Rechercheerfahrungen.

Von Marcus Kenzler
(in Zusammenarbeit mit
Wolfgang Henninger)

Neben Museen und Bibliotheken sind es die Archive, die das kulturelle und historische Erbe einer Gesellschaft bewahren und für die Öffentlichkeit zugänglich machen. Insbesondere für die Provenienzforschung, die die Identifizierung von NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kunst- und Kulturgütern in öffentlichen und privaten Sammlungen zum Ziel hat, sind die umfangreichen Aktenbestände zu Themen wie Kunst- und Antiquitätenhandel, Finanz- und Wirtschaftswesen sowie Verwaltung und Gestapo von großer Bedeutung. Angesichts des trotz Aktenvernichtungen noch enormen Umfangs wäre es sicherlich wünschenswert, die für die NS-Zeit relevanten Daten – aufbauend auf den vorhandenen archivischen Findmitteln – im Zuge von ‚Grundlagen- und Kontextforschung‘ mit Quellennachweisen und Anmerkungen nachhaltig zu erschließen und in einer Datenbank der Forschungsöffentlichkeit zugänglich zu machen.

Da diese arbeitsintensive Aufgabe aber weder von den Archiven noch von den wenigen Fachwissenschaftlern bewältigt werden kann, richtet sich der Blick aktuell auf die Implementierung von Provenienzforschung in die Curricula der Universitäten und auf daraus entstehende Kooperationsprojekte von Museen, Archiven und Universitäten. In Oldenburg z. B. erhalten Studierende des interdisziplinären Masterstudiengangs „Museum und Ausstellung“ und anderer Fachrichtungen der Carl von Ossietzky Universität bereits seit 2012 die Möglichkeit, Theorie und Praxis der Provenienzforschung kennenzulernen.

In einem regelmäßigen Turnus von aufeinander aufbauenden Seminar- und Übungsveranstaltungen werden zunächst Grundlagen- und Methodenkenntnisse sowie historische Hintergründe vermittelt, die durch konkrete Fallbeispiele aus dem Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte Oldenburg ergänzt wer-

den. In einem nächsten Schritt führen die Studierenden eigene Recherchen zu Objektbeständen am Landesmuseum durch oder befassen sich in einer langfristig angelegten Übung mit systematischer Grundlagenforschung im Niedersächsischen Landesarchiv – Standort Oldenburg, wo sie entweder individuell oder als Kleingruppen in separaten Räumlichkeiten arbeiten dürfen.

Dieses semesterübergreifende Rechercheprojekt behandelt den Kunst- und Antiquitätenhandel und Auktionen in Oldenburg und der Region und geht den Fragen nach, welche Händler und Auktionatoren von 1933 bis 1945 mit relevanten Objekten gehandelt haben, wo und wann Verkäufe getätigt wurden und welche Beziehungen zum überregionalen Markt, zu öffentlichen Einrichtungen oder zu NS-Behörden bestanden. Im Wesentlichen gilt es Indikatoren dafür zu finden, ob im Einzelhandel, auf soge-

nannten „Judenauktionen“ oder auf Versteigerungen von „Hollandmöbeln“ mit dem Eigentum geflüchteter, emigrierter oder deportierter jüdischer Menschen aus Deutschland und Westeuropa (NS-Raubgut) gehandelt wurde.

Die Studierenden sichten zunächst die Oldenburger Tageszeitungen und fahnden in den Jahrgängen von 1933 bis 1945 nach Verkaufs-, Versteigerungs- und Werbeanzeigen. Die auf diese Weise ermittelten Daten und Hinweise werden in einem tabellarischen System erfasst und über das Archivinformationssystem Arcinsys mit den Aktenbeständen des Landesarchivs und mit den Findmitteln des im Landesarchiv ebenfalls lagernden Stadtarchivs Oldenburg abgeglichen. Das daraufhin eingesehene Material wird ausgewertet, durch vertiefende Studien ergänzt und dokumentiert. So lieferten beispielsweise eine Anzeige in den „Oldenburger Nachrichten für Stadt und

Land“ vom 15. Juli 1937 betreffs der Übernahme („Arisierung“) der jüdischen Buch-, Kunst- und Antiquitätenhandlung S. L. Landsberg durch den Bremer Kaufmann Heinrich Jördens und ein diesbezügliches Schreiben des Präsidenten der Reichsschrifttumskammer an den Polizeipräsidenten in Oldenburg entscheidende Hinweise zur Überprüfung eines Gemäldes, eines Schanks und eines Teppichs in den Sammlungen des Landesmuseums. Die Studierenden erlangen in dieser Übung somit nicht nur Kompetenzen in der wissenschaftlichen Archiv- und Quellenrecherche, sie partizipieren auch unmittelbar an regionaler Forschung und liefern einen wesentlichen Beitrag für das Wissen um historische Prozesse und Zusammenhänge.



Auktion
Auf die Versteigerung in Wolfs Nachlaß-Konkurs am
Montag, 12. August 1935
nachmittags 3 Uhr
Radorster Str. 62 (Hinterhaus) wird nochmals hingewiesen.
Der Eingang ist von der Steubenstraße 37
Schwaring & Gent
Oldenburg, Gaststraße 18

Zugesfragen
Die Schüler und Meister...
England wollte Gebiet abtreten!
Mussolini nahm nicht an
London, 1. Juli.
Tausend Soldaten...
Mussolini...
England...
Mussolini...
England...
Mussolini...
England...



Der „Kampf“ der Nationalsozialisten um die Macht in Deutschland äußerte sich in der Stadt Hannover nicht nur in Straßenschlachten gegen Sozialdemokraten und Kommunisten, sondern bereits im August/September 1932 auch im Boykott der jüdischen Warenhäuser Woolworth und Karstadt (NLA HA Hann. 180 Hannover Nr. 1660).

BENUTZUNG

„SO GEHT'S NICHT WEITER. KRISE, UMBRUCH, AUFBRUCH“

Im Niedersächsischen Landesarchiv Hannover fand ein Auftaktworkshop für Tutorinnen und Tutoren zum Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten statt.

Von Christian Hoffmann



Novemberrevolution in Hannover: Der Vizefeldwebel Oskar Friedrich Lünsmann (geb. 1893), der sich als Führer der „Fliegenden Division Bremen“ in den Dienst des am 7. November 1918 gebildeten Arbeiter- und Soldatenrats gestellt hatte, ließ am 12. November drei angebliche Plünderer ohne Gerichtsurteil standrechtlich erschießen – und wurde deshalb am 16. November wegen Mordes zum Tod verurteilt und hingerichtet (NLA HA Hann. 87 Hannover Nr. 256).

Am 1. September 2018 begann die Bearbeitungsfrist für den 26. Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten, durchgeführt von der Körber-Stiftung in Hamburg in Verbindung mit dem Bundespräsidialamt. Der diesjährige Durchgang beschäftigte sich mit Krisensituationen der unterschiedlichsten Art. Kinder und Jugendliche bis 21 Jahre waren dazu aufgerufen, sich mit einem entsprechenden Thema aus ihrer Familie oder ihrem Ort zu beschäftigen. Einsendeschluss für die Beiträge war der 28. Februar 2019. Mehr als 5.500 Kinder und Jugendliche haben sich schließlich mit rund 2.000 Beiträgen daran beteiligt.

Am 5. September 2018 wurde im Niedersächsischen Landesarchiv Hannover ein Workshop durchgeführt, in dem das Motto des diesjährigen Wettbewerbs vorgestellt und Tutorinnen und Tutoren auf mögliche Themen und geeignete Quellenbestände aufmerksam gemacht werden sollten. Dr. Alice von Plato aus Stade

stellte als Landesbeauftragte für den Geschichtswettbewerb den zehn Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die zum Teil aus Bremerhaven und Göttingen angereist waren, das diesjährige Bearbeitungsthema vor.

Dorina Oehlmann, Leiterin des Benutzungsdienstes der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek Hannover, beschrieb, wie die Landesbibliothek mit ihren reichhaltigen Beständen im Rahmen des Wettbewerbs Forschungsprojekte von Schülerinnen und Schülern unterstützen kann, und erläuterte Wege der Recherche in den Katalogen der Bibliothek. Als weiterer Gast berichtete Georg Schilf über die sehr erfolgreiche Beteiligung von Schülerinnen und Schülern des Gymnasiums Alfeld an den Wettbewerben 2015 und 2017.

Christian Hoffmann und Nicolas Rügge vom NLA Hannover erläuterten Recherchemöglichkeiten in den Beständen des Landesarchivs via Internet und über analoge Hilfsmittel (z. B. Inventare). Anschließend stellten sie verschiedene Quellenbestände, die Unterlagen zu großen Krisensituationen des 20. Jahrhunderts enthalten – namentlich zur Novemberrevolution 1918, zur Weltwirtschaftskrise 1931/32 und zum Kriegsende 1945 und dessen Folgen –, aus dem reichhaltigen Fundus des Landesarchivs vor.



BENUTZUNG

EINFÜHRUNGSSEMINARE ZUR BENUTZUNG IM STANDORT BÜCKEBURG

Seit 2017 finden in Bückeburg archivbezogene Seminare an der Volkshochschule statt.
Von Stefan Brüdermann

Jeder, der im Lesesaal eines Archivs einmal neue Archivbenutzer beim ersten Kontakt mit älteren Akten gesehen hat, kennt diesen Effekt: „Das kann ich ja gar nicht lesen!“ Die Handschrift hat sich in den letzten hundert Jahren beträchtlich verändert. Nur wenige ältere Menschen haben noch „Sütterlin“ gelernt und auch sie haben Schwierigkeiten mit den älteren „deutschen“ Kurrentschriften in Kirchenbüchern und Akten. Diese Schwierigkeit trifft junge Studierende genauso wie Heimat- und Familienforscherinnen und -forscher, die in ganz anderen Berufen tätig sind. Als Archivarinnen und Archivare können wir diesen Benutzern die Akten nicht vorlesen, aber wir können ihnen helfen, einen besseren Zugang zum Archiv zu finden. Das kann für Studierende in entsprechenden Universitätsseminaren geschehen, für nichtuniversitäre Nutzer wird man andere Wege suchen.

In Bückeburg wurde dazu die Kooperation mit der Volkshochschule Schaumburg gesucht. Seit 2007 fanden in der Volkshochschule verschiedene Seminare von Archivarinnen und Archivaren statt, mit dem ausdrücklichen Ziel, mehr oder weniger themenbezogen an die Benutzung des Landesarchivs heranzuführen. Dazu gehört vor allem der Einstieg in das „Lesen lernen“, dazu gehören aber auch Informationen über Fachliteratur, regio-

nalgeschichtliche Literatur, über den Aufbau eines Archivs, die Techniken der Recherche, praktische und rechtliche Fragen der Benutzung.

Die Seminare enthalten in den üblichen eineinhalbstündigen Einheiten immer einen Einführungsabend, in dem in die genannten Themen eingeführt wird, einen zweiten Abend mit einer eingehenden Archivführung und sodann je nach Themenstellung weitere Sitzungen, in denen anhand von Fotokopien Akten-texte gelesen und interpretiert werden. Bisher fanden mehrere eher kurze Seminare mit dem Thema „Einführung in die Benutzung des Landesarchivs in Bückeburg“ (6 Unterrichtsstunden) oder „Familienforschung im Landesarchiv“ (8 Unterrichtsstunden) statt. Ausführlichere und neben den allgemeinen Fragen stärker themenbezogene Seminare widmeten sich der „Bückeburger Stadtgeschichte mit Archivquellen“ (14 Unterrichtsstunden, 2007) oder hatten zum Thema: „Graf Wilhelm zu Schaumburg-Lippe in seiner Zeit. Regionale Geschichte mit Dokumenten aus dem Niedersächsischen Landesarchiv“ (12 Unterrichtsstunden, 2016). Kurze Einführungsseminare fanden auch im Rahmen der Ausbildung der „Schaumburger Gästeführer“ statt und vermittelten ebenfalls allgemeine Grundkenntnisse in der Archivbenutzung.



Familienforschung im Landesarchiv

Das Seminar wird anhand von allgemeinen Fragestellungen der Familienforschung in die Arbeit mit historischen Quellen einführen. Dazu gehört eine Einführung in die Arbeit im Landesarchiv, in das Lesen älterer Dokumente (alte deutsche Schrift) und die Lektüre einschlägiger Quellen (z. B. Kirchenbücher, Steuerlisten, Eheverordnungen).
Bückeburg, Nds. Staatsarchiv, Schlossplatz 2
Dr. Stefan Brüdermann
Mi. 25.10., 18.00 - 19.30 Uhr
4 Abende
25,00 EUR
Anmeldeschluss: 15.10.
KursNr: 110202



VERANSTALTUNGEN

ZWISCHEN KRIEGSKUNST UND PRACHTENTFALTUNG

Im Standort Stade fand eine internationale Tagung zur Schwedenzeit im Elbe-Weser-Raum statt.

Von Gudrun Fiedler

Am 2. und 3. Februar 2018 verfolgten etwa 70 Teilnehmer eine internationale Tagung zur Schwedenzeit im Niedersächsischen Landesarchiv Stade. Wissenschaftler und Archivare „aus aller Herren und Frauen Länder“ (u. a. aus Schottland, Stockholm und Paris) ließen die schwedischen Besitzungen in Niedersachsen von 1648 bis 1721 unter dem Tagungstitel „Friedensordnung und machtpolitische Rivalitäten. Die schwedischen Besitzungen in Niedersachsen im europäischen Kontext 1648 bis 1721“ lebendig werden. In diesem Zeitraum entstanden auf dem Gebiet des heutigen Niedersachsens neue Herrschaftskonstellationen mit den Akteuren Schweden und Bremen-Verden, Dänemark und Oldenburg, England und Hannover, Wolfenbüttel und Wien bzw. Petersburg, Brandenburg-Preußen und Ostfriesland sowie Wittelsbach und Hildesheim. Sie hatten zum Teil weitreichende Auswirkungen auf die inneren

Strukturen der einzelnen Staaten und ihrer Bevölkerung. Von den wechselnden Machtpositionen konnten die Reichsstädte Bremen und Hamburg profitieren.

Anlass für die Tagung bot das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderte Projekt einer Tiefenerschließung des im NLA am Standort Stade verwahrten Bestandes Schwedisches Regierensarchiv (Rep. 5a). Dieser bedeutende Bestand enthält neben Archivalien zur inneren Verwaltung auch umfangreiche Quellen zur auswärtigen Politik der beiden Herzogtümer als Provinzen des Königreichs Schweden.

Mit dem Friedensschluss 1648 nach dreißig Jahren Krieg (1618-1648) wurden die schwedischen Könige bis 1712 Herzöge von Bremen und Verden. Schweden war zu dieser Zeit eine Großmacht mit ehrgeizigen politischen Ambitionen im Wettstreit der europäischen Großmächte. Der Elbe-Weser-Raum, so ein Ergebnis dieser



Tagung, spielte dabei eine wichtige Rolle u. a. als finanzielle Basis, aber auch geopolitisch (Zugang zur Nordsee, Grenzgebiet zu Bremen mit seinen ökonomischen Ressourcen).

Mit dem Friedensschluss war auch in unserem Raum der Krieg nicht vorbei: Zwischen 1648 und 1721 herrschten 38 Jahre Krieg (u. a. mit der Stadt Bremen) und 34 Jahre Frieden. Das Landschaftsbild verwandelte sich durch den Festungsbau der Hauptfestungen in Stade und Carlsburg an der Geestemünde sowie kleinerer Festungen u. a. in Rotenburg und Bremerförde. Das moderne schwedische Militär zog Menschen aus vielen Ländern an. Schotten übernahmen als Kommandeure der Festungen und als Befehlshaber schwedischer Regimenter wichtige Positionen. Die schottischen Clanführer sahen ihren Einsatz auf Seiten der Schweden auch als Unterstützung für die aus dem schottisch-englischen Adelsgeschlecht der Stuarts stammende Elisabeth, Gattin des böhmischen Winterkönigs Friedrich von der Pfalz und Tochter des englischen Königs Jakob VI.

Die Stadt Bremen einzunehmen, gelang

den Schweden nicht. Aber die Stadt verlor u. a. mit den Ämtern Bederkesa und Lehe weite Teile ihres Landgebietes. Stade wurde in dieser Zeit Regierungssitz und Verwaltungszentrale. Die Gouverneure holten Handwerker, Musiker und Architekten und sorgten mit Opernaufführungen und dem Ankauf prunkvoller Luxusgüter für den Anschluss des Raumes an die europäische Hochkultur, dies auch mit der Unterstützung für die Aufführung von Komödien durch Schülerinnen und Schüler des Stader Gymnasiums Athenaeum. Ein sittenstrenger Pastor und der Stader Magistrat hatten sie aus moralischen Gründen verbieten wollen. Hier sind die Gouverneure Hans Christoph von Königsmarck und Nils Gyllenstierna zu nennen, die beide weitreichende, über den Elbe-Weser-Raum hinausgehende Netzwerke aufbauten und dafür u. a. umfangreiche private Korrespondenz unterhielten. Beide repräsentierten die königlich schwedische Macht in ihrer Außenprovinz. Der eigenständig und machtvoll agierende Königsmarck (Gouverneur 1645-1663) entstammte einer altmärkischen Adelsfamilie und stieg

als Kriegsunternehmer in schwedischen Diensten zum Grafen und Reichsrat auf. Der jüngere Nyls Gyllenstierna zeigte sich von 1698 bis 1711 in seiner Ausübung des Gouverneursamtes als typischer Vertreter des damaligen schwedischen Militärstaates.

Wie wichtig es im Übrigen war, in die Netzwerke der europäischen Politik eingebunden zu sein, zeigen die Beispiele zweier weiterer niedersächsischer Regionen in dieser Zeit, der Grafschaften Oldenburg und Schaumburg-Lippe. Graf Anton Günther gelang es, trotz aller machtpolitischen Wirrnisse, die Neutralität Oldenburgs und damit auch langfristig die Existenz des Landes zu sichern. Graf Friedrich Christian von Schaumburg-Lippe gab fünf Sechstel der Einnahmen seines Landes für Reisen durch ganz Europa aus und sicherte so die Existenz seines Fürstentums. Die freie (Reichs-)stadt Bremen hingegen wählte die Politik der kleinen Nadelstiche gegenüber der schwedischen Großmacht und verwandelte sich in eine abgegrenzte Festung, um die Selbstständigkeit der Stadt zu wahren.



PROGRAMM

Begrüßung und Einführung (Gudrun Fiedler, Christine van den Heuvel)

Kersten Krüger (Universität Rostock): Mars oder Ars nach dem Westfälischen Frieden 1648? Die nördlichen Territorien des Heiligen Römischen Reichs im Spannungsfeld der nordeuropäischen Großmächte zwischen Krieg und Frieden

Christine van den Heuvel (Niedersächsisches Landesarchiv): Allianzen und Interessensgegensätze. Die niedersächsischen Territorien und Schweden 1648–1719

Gerd Steinwascher (Niedersächsisches Landesarchiv – Standort Oldenburg): Diplomatie in schwierigem Fahrwasser – Anton Günther von Oldenburgs Erbteilungs politik nach dem Westfälischen Frieden

Indravati Félicité (Université Paris-Diderot, Sorbonne-Paris-Cité): Westfälische Ordnung oder Kampf um das politische Überleben? Die Diplomatie Schleswig-Holstein-Gottorfs in den Jahren nach dem Westfälischen Frieden (Ende des 17. – Anfang des 18. Jahrhunderts)

Dorothee Goetze (Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn): Desintegration im Ostseeraum – Integration ins Reich? Die schwedisch-bremische Politik auf dem Immerwährenden Reichstag (1700–1721)

Christian Hoffmann (Niedersächsisches Landesarchiv – Standort Hannover): Integration durch Administration. Die Erwerbung der Herzogtümer Bremen und Verden durch Dänemark 1712 und durch Kurhannover 1715 im Vergleich

Konrad Elmshäuser (Staatsarchiv Bremen): Konfessionelle Konkurrenz und politische Identität in der Reichsstadt Bremen nach 1646

Beate-Christine Fiedler (Niedersächsisches Landesarchiv – Standort Stade): Zwischen Stade und Stockholm – Die Gouverneure in den Herzogtümern Bremen und Verden als königlich schwedische Statthalter 1648–1712

Heiko Droste (Stockholms universitet): Nachrichtenagenten in Fürstendiensten. Soziale Mobilität und Loyalität im 17. Jahrhundert

Roxane Berwinkel / Thomas Brakmann / Michael Hermann / Bernhard Homa / Christian Schlöder (Niedersächsisches Landesarchiv): Forschungsperspektiven: Überlieferung im Niedersächsischen Landesarchiv zur nordwestdeutschen und nordeuropäischen Geschichte 1650–1720

Kathrin Zickermann (University of the Highlands and Islands): Die Bedeutung von Schotten im Militär und in der Verwaltung der nordwestdeutschen Territorien nach 1648

Stefan Brüdermann (Niedersächsisches Landesarchiv – Standort Bückeburg): Graf Friedrich Christian zu Schaumburg-Lippe (1681–1728). Großer Skandal im kleinen Land

Abschluss-Statement (Gerd Steinwascher)



VERANSTALTUNGEN

„200 JAHRE OLDENBURGISCHE LANDWIRTSCHAFTSGESELLSCHAFT“

**Eine Ausstellung im Standort
Oldenburg erinnerte an die
Gründung eines wichtigen
Vorläufers der heutigen
Landwirtschaftskammer
Niedersachsen.**

Von Wolfgang Henninger

Die heutige Landwirtschaft steht vor enormen Herausforderungen. Um die Ernährung der wachsenden Zahl von Menschen in Zukunft gewährleisten zu können, bedarf es eines tiefgreifenden Wandels hin zu einem nachhaltigen und klimaverträglichen Landbau. Auch vor 200 Jahren erlebten die Menschen ähnlich grundlegende Herausforderungen und Veränderungen, wenn auch noch unter anderen Vorzeichen. Das Bevölkerungswachstum seit dem 18. Jahrhundert, das Vordringen wissenschaftlicher Herangehensweisen und die zunehmende Technisierung, aber auch die akute Mangelernute 1816, im „Jahr ohne Sommer“, in ganz Europa ließen nach dem Ende der Revolutionskriege eine Modernisierung der Anbaumethoden und Erhöhung der Erträge vielerorts als unumgänglich erscheinen.

Landwirtschaftsgesellschaften gab es in anderen Teilen des Reichs, z. B. im Kurfürstentum Hannover, teilweise schon seit dem 18. Jahrhundert. Nun kamen auch in Oldenburg im Mai 1818 engagierte Landwirte und an Landwirtschaft interessierte Staatsbeamte, Juristen, Ärzte usw. erstmals zusammen, um eine

„Oldenburgische Landwirtschaftsgesellschaft“ zu gründen. Diese sollte helfen, die Landwirtschaft des erst 1773 neugegründeten Herzogtums Oldenburg und des 1815 zum Großherzogtum erhobenen Staates zu modernisieren. Aus den eher bescheidenen Anfängen entstand allmählich eine leistungsfähige und vielseitig tätige Organisation, die schon bald staatliche Aufgaben mit übernahm und im Jahr 1900 in die Oldenburgische Landwirtschaftskammer (LWK) umgewandelt wurde: Selbstverwaltung und staatliche Aufgaben im Bereich der Landwirtschaft – das waren und das blieben die wesentlichen Pfeiler der Kammertätigkeit. Die nach 1948 aus der Oldenburger Kammer hervorgegangene LWK Weser-Ems fusionierte schließlich zum 1.1.2006 mit der LWK Hannover zur heutigen LWK Niedersachsen.

In Oldenburg, Standort der Hauptverwaltung, fand aus Anlass des Jubiläums am 6. Dezember 2018 ein Festakt in Anwesenheit von Ministerin Barbara Otte-Kinast (Landwirtschaft) und Minister Bernd Thümler (Wissenschaft und Kultur) statt. Der Wirtschaftshistoriker Prof. Hans-Werner Niemann, früher Universität

Osnabrück, hielt den Festvortrag, in dem er u. a. die Verdienste der Gründer als „patriotisch gesinnte landwirtschaftliche Laien“ würdigte. „Oberstes Ziel war auch damals schon die Verbindung von Wissenschaft und landwirtschaftlicher Praxis“, so Niemann.

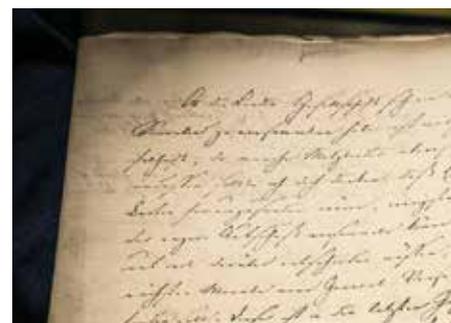
Vor 100 Jahren war eigens eine Festschrift veröffentlicht worden. Zum Jubiläum 2018 war das Landesarchiv für den historischen Rahmen verantwortlich. Archivalien und historische Aufnahmen, die in acht Vitrinen gezeigt wurden, beleuchteten die Entwicklung der Landwirtschaftsgesellschaft zur Oldenburgischen Landwirtschaftskammer schlaglichtartig. Der Aspekt „Kommunikation unter Landwirten“, ein Hauptzweck der Vereinsgründung, wurde beispielsweise anhand der Vorgeschichte der heutigen Fachzeit-

schrift „Land & Forst“ veranschaulicht. Sie geht u. a. auf die ab 1818 erschienenen „Nachrichten von der Oldenburgischen Landwirtschaftsgesellschaft“ bzw. das 1853 gegründete „Landwirtschaftsblatt für das Herzogtum Oldenburg“ (später Landwirtschaftsblatt Weser-Ems) zurück. Historische Aufnahmen von landwirtschaftlichen Gebäuden um 1900 entstammten einer Sammlung, die erst vor wenigen Jahren vom Niedersächsischen Landesarchiv – Standort Oldenburg gesichert werden konnte.

Für Besucher und Besucherinnen der Kammer war die Ausstellung noch bis kurz vor Weihnachten 2018 im mit Wapfenfenstern geschmückten historischen Kaminzimmer zugänglich. Danach wurde sie bis Mitte Februar 2019 im Eingangsbereich des Standorts Oldenburg gezeigt,

wo am konkreten Beispiel der Landwirtschaftsgeschichte des Landes Niedersachsen die Arbeit der Archivarinnen und Archivare bei der Sicherung und Erschließung unseres schriftlichen Kulturerbes erläutert wurde.

Übrigens: Eine im „Dritten Reich“ vom Reichsinnenministerium 1942 verfügte Abgabe der Akten aller Vorgängervereinigungen der Kammern in ein „Dokumenten-Archiv des Reichsbauernführers“ in Berlin kam glücklicherweise nicht mehr zustande. Heute stellen die erhaltenen Teile des Archivs der Gesellschaft, die Ende 1945 ins Staatsarchiv Oldenburg gelangten, eine zentrale Überlieferung zur Vorgeschichte der Landwirtschaftskammer Niedersachsen dar und zugleich eine wichtige Ergänzung der staatlichen Akten (jetzt NLA-OL: Erw 154).





VERANSTALTUNGEN

PRACHTVOLLE URKUNDEN – OLDENBURGISCHE-RUSSISCHE BEZIEHUNGEN VON 1762 BIS 1918

Die Sonderausstellung „Die russischen Kaiser aus dem Haus Holstein-Gottorp-Oldenburg und ihre Beziehungen zum Herzogtum Oldenburg“ wurde von Juni bis August 2018 im Standort Oldenburg gezeigt.

Von Wolfgang Henninger



Salopp formuliert könnte man von einer gelungenen Abschiedsvorstellung sprechen. Denn bemerkenswert viele Besucherinnen und Besucher interessierten sich im Sommer 2018 für die vom Standortleiter Prof. Dr. Gerd Steinwascher kurz vor seiner Pensionierung organisierte Ausstellung über die dynastischen Beziehungen Oldenburgs zu Russland vor 1918. Besondere Anziehungskraft besaßen bislang nie gezeigte Prachturkunden aus dem älteren Hausarchiv Holstein-Gottorp, dem Archiv der ehemaligen Großherzöge von Oldenburg. Die Neuerschließung der Urkunden in Best. 7 hatte Gerd Steinwascher persönlich vorangetrieben und auch zeitgerecht abgeschlossen. Als Begleitbuch liegt seit Anfang Juli 2018 das von ihm herausgegebene Sammelwerk „Russlands Blick nach Nordwestdeutschland“ vor.

Zar Peter d. Gr. (1672-1725) bemühte sich bekanntermaßen zu Anfang des 18. Jahrhunderts darum, Russland zum Westen hin zu öffnen. Ehepartner und Ehepartnerinnen für seine Kinder suchte er daher bevorzugt unter deutschen Fürstenfamilien. So kam es, dass zunächst die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg in Beziehung zur Zarenfamilie traten, ehe sie nach dem Tod der kinderlosen Zarin Elisabeth I. 1762 von den dänischen

Holstein-Gottorpern verdrängt wurden, die letztlich „Oldenburger“ waren. Als dann 1773 ein jüngerer Zweig der Holstein-Gottorper die bis dahin dänische Grafschaft Oldenburg übernahm, wurden die russischen Zaren bis 1903, als sie auf ihre Erbansprüche offiziell verzichteten, dynastisches Familienoberhaupt auch für die späteren Großherzöge von Oldenburg. Der russische Einfluss auf europäischer Ebene ist den Oldenburgern über Jahrzehnte mehrfach zugute gekommen.

Die Ausstellung präsentierte zahlreiche großformatige und schön gestaltete Urkunden zu Peter III. und Katharina d. Gr., Paul I. und Maria Feodorowna – letztere auch Schwägerin des Herzogs Peter Friedrich Ludwig von Holstein-Oldenburg – sowie zu den Zaren von Alexander I. bis Nikolaus II. Naturgemäß handelte es sich vornehmlich um Eheverträge. Ergänzt wurden Schriftstücke, Porträts und Illustrationen. In Begleitbuch und Ausstellung wurde schließlich noch ein wegen seiner Karriere in russischen Diensten berühmter Oldenburger aus der Wesermarsch berücksichtigt: Burchard Christoph Graf von Münnich (1683-1767), da auch Teile des Münnichschen Familienarchivs heute im Standort Oldenburg verwaltet werden.



VERANSTALTUNGEN

BENUTZUNG: GESTERN – HEUTE – MORGEN

Am 5. und 6. Juni 2018 trafen sich Fachleute aus den fünf norddeutschen Ländern beim 7. Norddeutschen Archivtag in Hannover.

Von Regina Rößner

Das Sprengel Museum in Hannover war am 5. und 6. Juni 2018 Schauplatz des 7. Norddeutschen Archivtages. Rund 200 Archivarinnen und Archivare staatlicher, kommunaler, kirchlicher und Hochschularchive aus den fünf norddeutschen Bundesländern, die der Einladung des Niedersächsischen Landesarchivs und des Stadtarchivs Hannover gefolgt waren, diskutierten zwei Tage über das Thema „Benutzung: Gestern – Heute – Morgen“. Das Programm des Archivtages berücksichtigte sowohl die historische Dimension der Benutzung von Archiven als auch die gegenwärtige Situation in den Lesesälen. Nachdem sich die Archive vom 19. Jahrhundert sukzessive gegenüber den Bürgern geöffnet hatten, gehört die Benutzung heute zu den klassischen Kernaufgaben der Archive. Dazu gehören neben der Erschließung und Bereitstellung von Archivalien die Benutzerberatung und auch die Akquise, die Gewinnung neuer Benutzerkreise durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit. Archivbenutzung heute, dies bedeutet auch ein Reagieren auf die spezifischen Nutzerinteressen in Archiven unterschiedlicher Größe und

Sparte. Berichte aus kommunalen und staatlichen Archiven in der Sektion „Heute“ verdeutlichten diese unterschiedlichen Anforderungen. Die Führung und Analyse von Benutzungsstatistiken erlaubt eine Optimierung der Benutzung und Benutzerberatung in Archiven staatlicher wie vor allem auch kommunaler Träger. Zugleich bewegen sich alle Archive heute zwischen Anforderungen der Öffentlichkeit einerseits und (datenschutz-)rechtlichen Rahmenbedingungen andererseits. Vor allem die neue Datenschutzgrundverordnung stellt die Archive vor die Herausforderung, alle Bereiche, namentlich auch die Benutzung, hinsichtlich datenschutzrechtlicher Fragen auf den Prüfstand zu stellen.

Zugleich ist die Benutzung einem starken Wandel unterworfen. Der Lesesaal der Zukunft zeichnet sich bereits ab und in Zeiten fortschreitender Digitalisierung wird sich Benutzung künftig vielfach auch im virtuellen Raum vollziehen. Davon profitieren Benutzer, die aufgrund fehlender räumlicher Nähe nicht persönlich in die Archive kommen können, aber auch die Archive selbst, denen der

virtuelle Raum neue Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit bietet. Auch der direkte Kontakt zu den Benutzerinnen und Benutzern verlagert sich ins Netz – Beratung und Fachaustausch finden vermehrt in sozialen Medien statt; Akteure in den sozialen Medien fungieren zugleich als wichtige Multiplikatoren. Auch diesen Themen widmete sich eine Sektion der Tagung. Gleichwohl handelt es sich hier um zusätzliche Optionen, die den unmittelbaren Austausch mit Forschenden im Archiv keinesfalls obsolet macht.

Die Balance zu finden zwischen dem berechtigten Wunsch der Öffentlichkeit nach Zugang zu authentischen Unterlagen im Archiv einerseits und der Bereitstellung originär digitaler und digitalisierter Unterlagen im virtuellen Raum andererseits stellt eine der großen Herausforderungen dar, der sich Archive heute stellen müssen. Beides ist mit großen Anstrengungen verbunden und setzt die Bereitstellung entsprechender Ressourcen voraus. Dass vielen Archiven die für die Archivierung digitaler Daten notwendigen Ressour-

cen nicht zur Verfügung stehen – auch dies war ein Ergebnis der Diskussionen und des Erfahrungsaustauschs – hat gravierende Folgen, für die Archive ebenso wie für die Gesellschaft. Denn wo Übernahmen nicht mehr durchgeführt werden, wo archivwürdige Daten nicht mehr fachgerecht archiviert werden können, tun sich Überlieferungslücken auf, kann Vergangenheit nicht mehr rekonstruiert werden. Mit Blick auf die Notwendigkeit, digitale Unterlagen zu übernehmen und für nachkommende Generationen



SEKTION I „GESTERN“

Moderation: Prof. Dr. Konrad Elmhäuser,
Staatsarchiv Bremen

PD Dr. Philipp Müller, Universität Göttingen

Die Geschichte der Archivbenutzung in Preußen

Dr. Bernd Kasten, Stadtarchiv Schwerin

Die Belastung der Archive in Mecklenburg-Vorpommern durch Anfragen von Bürgern und Verwaltung nach 1990

Dr. Brigitta Nimz und Marion Alpert,
Staatsarchiv Bremen

Die Benutzerberatung – Das ungeliebte Kind?

Andere Wege im Staatsarchiv Bremen

SEKTION II „MORGEN“

Moderation: Dr. Sabine Graf,
Niedersächsisches Landesarchiv

Dr. Natascha Noll, Niedersächsisches Landesarchiv – Hannover

Virtuelle Lesesäle – Die Benutzung von Archivgut in der Zukunft

Alexander Rehwaldt, Stadtarchiv Grevesmühlen und
Kirsten Puymann, Gemeinsames Archiv des Kreises Steinburg
und der Stadt Itzehoe

Auswirkungen der Zusammenarbeit mit ancestry und mit family search auf die Benutzung

Dr. Thorsten Unger, Universitäts- und Hochschularchiv Osnabrück
Bürgerbeteiligung, kollaboratives Arbeiten und proaktiver Nutzerkontakt – „Frustrationspotential“ oder Chance?

zu bewahren, resümierte Dr. Cornelia Reglin, Leiterin des Stadtarchivs Hannover: „Wenn wir diesen Schritt nicht schaffen, werden wir in Zukunft eine geschichtslose Landschaft haben.“

Nicht nur Archivarinnen und Archivare kamen auf der Fachtagung zu Wort. Die abschließende Podiumsdiskussion sorgte für einen Perspektivwechsel. Vertreterinnen und Vertreter der Wissenschaft, der politischen Bildung, der Genealogie, der Schulen und der Museen schilderten in ihren Statements Archivbenutzung aus

ihrer jeweiligen Sicht und brachten ihre spezifischen Anliegen und Anforderungen vor. Die sich daran anschließende Diskussion aller Beteiligten vertiefte die unterschiedlichen Aspekte und bot Gelegenheit zum gegenseitigen Austausch mit der Archivseite. Dabei wurde deutlich, wie wichtig es in Zeiten von Budgetzwängen und knappen Ressourcen ist, dass Archive in der Öffentlichkeit stärker wahrgenommen werden. Zur Kompensation sollten Archive offensiv auf unterschiedliche Nutzergruppen zugehen

und die Kooperation über Institutionengrenzen hinweg intensivieren. In ihrem Schlusswort resümierte Präsidentin Dr. Christine van den Heuvel, dass „Archive als Orte der Demokratie“ eine breite öffentliche Diskussion über Archive und ihre Aufgaben erfordern.

Die Tagungsbeiträge wurden inzwischen in den Archiv-Nachrichten Niedersachsen 22/2018 veröffentlicht.



SEKTION III „HEUTE“

Moderation: Dr. Martin Schoebel,
LAKD Mecklenburg-Vorpommern – Landesarchiv

Anna Philine Schöpfer, Kreisarchiv Osnabrück

Aspekte der Nutzung von Personenstandsunterlagen

Dr. Christine Axer, Staatsarchiv Hamburg

Ohne Datenschutz keine Transparenz. Über ein archivistisches Prinzip

Dr. Mirko Crabus, Stadtarchiv Lingen und
Danny Kolbe, Stadtarchiv Lüneburg

Benutzung in kommunalen Archiven. Die Beispiele Lingen und Lüneburg

Birgit Hoffmann, Landeskirchliches Archiv Braunschweig und
Dr. Thomas Scharf-Wrede, Bistumsarchiv Hildesheim

Veränderungen in der Nutzung kirchlicher Archive

STATEMENTS „BENUTZUNG AUS DER PERSPEKTIVE DER NUTZER“

Moderation: Prof. Dr. Carl-Hans Hauptmeyer,
Universität Hannover

Prof. Dr. Dietmar von Reeken, Universität Oldenburg

Wissenschaft

Ulrika Engler, Niedersächsische Landeszentrale für
politische Bildung

Dirk Weissleder, Deutsche Arbeitsgemeinschaft
genealogischer Verbände e.V.

Familiengeschichte, Auswanderer, Nachkommen

Dr. Sabine Horn, Universität Bremen

Zusammenarbeit Archive – Schulen

Prof. Dr. Thomas Schwark, Museen für Kulturgeschichte Hannover
Museen



KURZNACHRICHTEN

PROF. DR. GERD STEINWASCHER IN DEN RUHESTAND VERABSCHIEDET

Der langjährige Leiter des Standorts Oldenburg Prof. Dr. Gerd Steinwascher schied zum 1. November 2018 aus dem aktiven Archivdienst aus.

Am 29. Oktober 2018 kamen rund 80 geladene Gäste zusammen, um Prof. Dr. Gerd Steinwascher in den Ruhestand zu verabschieden. Präsidentin Dr. Sabine Graf würdigte die Verdienste Gerd Steinwaschers und wünschte ihm für den neuen Lebensabschnitt alles Gute.

Gerd Steinwascher wurde 1981 mit einer Dissertation über die Zisterzienserstadthöfe in Köln an der Universität Marburg promoviert und trat noch im selben Jahr in den niedersächsischen Archivdienst ein. Nach Stationen in Bückeberg und Osnabrück, dessen vormaliges Staatsarchiv er zuletzt leitete, kam er 2002 nach Oldenburg und übernahm die Leitung des Archivs, das seit 2005 zum Niedersächsischen Landesarchiv gehört. 2007 wurde er zum Honorarprofessor an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg ernannt.

Schwerpunkte seiner Arbeit waren die Ordnung und Erschließung sowie die wissenschaftliche Auswertung der schriftlichen Überlieferung. Seine Publikationsliste spiegelt seine Stationen im

niedersächsischen Landesdienst und seine vielfältigen Interessensgebiete und Forschungsthemen wider. 1988 veröffentlichte er die vielbeachtete Studie „Judenverfolgung in Schaumburg 1933-1945“. 2006 erschien die von ihm herausgegebene „Geschichte der Stadt Osnabrück“. Sechs Jahre später legte er die Überblicksdarstellung „Die Oldenburger: Die Geschichte einer europäischen Dynastie“ vor. „Ruslands Blick nach Nordwestdeutschland. Politisch-dynastische Beziehungen vom 16. bis frühen 20. Jahrhundert im Spiegel von Dokumenten aus dem Niedersächsischen Landesarchiv“ wurde ebenfalls von ihm herausgegeben. Zwischen diesen Meilensteinen der niedersächsischen Geschichtsforschung erschienen zahlreiche Publikationen Steinwaschers zur niedersächsischen Landesgeschichte vom Mittelalter bis in die jüngste Vergangenheit.

Als Mitglied der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen und der Historischen Kommission für Westfalen, als Leiter der Arbeitsgemeinschaft Landes- und Regionalgeschichte der Oldenburgischen Landschaft und als Honorarprofessor an der Oldenburger Universität war und ist Gerd Steinwascher tief in der Landesgeschichte verwurzelt. Als Ausbildungsleiter im Staatsarchiv Osnabrück prägte er zudem eine ganze Generation niedersächsischer Archivarinnen und Archivare.

Wie kann das in gut geschützten Magazinen liegende Archivgut zur aktuellen Geschichtsforschung beitragen, wie können die historischen Quellen zum Sprechen gebracht und in die universitäre Ausbildung eingebunden werden? Diese Fragen beschäftigten den Archivar, Historiker und Honorarprofessor Steinwascher zeit seines Berufslebens. Dass es ihm gelungen ist, Nachwuchshistorikerinnen und -historiker für all diese Fragen ebenso zu begeistern, beweist das Buch „ArchivGeschichten. Festschrift für Gerd Steinwascher“, das Prof. Dr. Dagmar Freist dem zu Ehren überreichte.



KURZNACHRICHTEN

DAMIT DIE ARCHIVALIEN SICHER SIND

2018 wurden im Standort Aurich umfangreiche Maßnahmen zur Brandschutzertüchtigung durchgeführt.

Von Michael Hermann

Nicht erst der verheerende Brand in der Herzogin Anna Amalia Bibliothek in Weimar im September 2004 führte vor Augen, wie prekär die Lage mancher Kultureinrichtungen im Falle eines Feuers sein kann. Zwar wurde der Brandschutz im NLA-Standort Aurich schon immer großgeschrieben, doch 2015 musste festgestellt werden, dass die noch aus den 1980er Jahren stammende Brandmeldeanlage inzwischen abgängig war und die für eine Reparatur erforderlichen Ersatzteile oder Austauschkomponenten nicht mehr erhältlich waren. Unter fachlicher Begleitung des Staatlichen Bauamts wurde daher ein aktuelles Sicherheitskonzept erstellt, das neben einer Brandschutzertüchtigung auch die Erneuerung der ebenfalls in die Jahre gekommenen Einbruchmeldeanlage umfasste.

Doch erst im Januar 2018 konnte mit der Umsetzung des Konzeptes begonnen werden. Inzwischen hatte sich der Handlungsdruck massiv verstärkt, da im März 2017 die Brandmeldeanlage nach einem Netzteilversagen komplett ausgefallen war. Für die Übergangszeit musste ein externer Sicherheitsdienst mit der Brandwache außerhalb der Dienstzeiten beauftragt werden.

Neben einer Erneuerung der Einbruch- und Brandmeldeanlage wurden im Magazintrakt sämtliche Türen durch Brandschutztüren ersetzt, die Flucht- und Rettungswege optimiert – einschließlich eines Einbaus von bodennahen Fenstern in den höheren Stockwerken – sowie eine umfassende Ausstattung mit Brandmeldern durchgeführt. Außerdem erhält der NLA-Standort Aurich aktualisierte Rettungs- und Feuerwehrpläne, die – zusammen mit einem Bergungsplan – im Katastrophenfall zum Einsatz kommen können.

Da sich die Baumaßnahmen vor allem auf die Magazinräume konzentrierten, konnte der Benutzungsbetrieb ohne größere Einschränkungen aufrechterhalten werden. Auch die Benutzer und Benutzerinnen im Lesesaal hatten glücklicherweise nur selten unter den Bauarbeiten zu leiden.

Insgesamt investierte das Land Niedersachsen 335.000 EUR in die Brandschutzertüchtigung, so dass nunmehr die knapp sechs Regalkilometer Archivalien wieder so sicher und geschützt wie möglich in den Magazinen des NLA-Standes Aurich aufbewahrt werden.



70.000

BENUTZTE ARCHIVALIEN

DAS NLA IN ZAHLEN (31.12.2018)

Umfang des Archivguts (lfd m)	94.913
Urkunden (Stück)	117.439
Karten (Stück)	370.002
Bestände	7.778
Erschlossenes Archivgut (lfd m)	93.440
Anteil des erschlossenen Archivguts	98%
Anteil des in Arcinsys erschlossenen Archivguts	91%
Datensätze	6.348.792
Fachgerecht verpacktes Archivgut (lfd m)	45.906
Anteil des fachgerecht verpackten Archivguts	48%
Stammpersonal (Vollzeiteinheiten lt. Haushaltsplan)	165
Auszubildende	14

Leistungen 2018

Archivgutbildung

Bewertetes Schriftgut (lfd m)	59.444
Neu übernommenes Archivgut (lfd m)	533
Übernahmequote	0,8%
Verzeichnetes Archivgut (Datensätze)	211.376

Archivgutpflege

Fachgerecht verpacktes Archivgut (Stück AE)	126.555
Restauriertes Archivgut (Stück Blatt)	96.434
Digitalisierung (Aufnahmen)	2.745.331

Sicherungsverfilmung

Aufnahmen	1.138.448
-----------	-----------

Benutzung und Auswertung

Benutzertage	10.971
Erteilte Auskünfte	10.940

Benutzte Archivalien

Veranstaltungen	146
Gäste bei Veranstaltungen	3.147
Reproduktionen für Benutzer	102.200



**Niedersächsisches
Landesarchiv**

Am Archiv 1
30169 Hannover
Tel.: 0511 120-6601
Fax: 0511 120-6639
E-Mail: poststelle@nla.niedersachsen.de
Internet: www.nla.niedersachsen.de